

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1¼ Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 17. Februar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, dem Oberförster Klemm zu Hethorn im Kreise Scherleben den Nothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Richter zu Glog und dem Lehrer und Organisten, Musik-Direktor Ketsch au zu Erfurt den Nothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Ober-Amtmann Freiherrn von Brandt in Hedingen zum Regierungs-Rathe; so wie den Regierungs-Professor von Bönninghausen zum Landrath des Kreises Roesfeld im Regierungs-Bezirk Münster zu ernennen; dem Militär-Ober-Prediger des VI. Armee-Korps Reichenstein zu Breslau den Charakter als Konfessionals-Rath zu verleihen; den evangelischen Pfarrer Heiber in Peterswaldau zum Seminar-Direktor zu ernennen; dem Bau-Inspcctor Müller zu Hirschberg i. Schl. den Charakter als Bau-Rath; und dem Rentanten des Schindlerischen Waisenhauses Bracht zu Berlin, den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 17. Februar Nachmitt. Die Delegation des Reichsraths hat die Etatsposition für das kaiserliche Kabinett und die Kanzlei unverändert, die Position für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit unbedeutenden Abstrichen angenommen. Die geheimen Ausgaben im Betrage von 550,000 fl. wurden unverkürzt bewilligt. Der Antrag auf Nichtbesetzung mehrerer kleineren Gesundheitsposten wurde in Folge der Erklärungen des Reichskanzlers verworfen.

Stuttgart, 17. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat heute die Gesetzentwürfe über die Gerichtsorganisation, die Civilprozeßordnung und das Strafverfahren nach den Beschlüssen des anderen Hauses angenommen. Die in der ersten Berathung beschlossene Ueberweisung der Preßprozesse, welche wegen Beleidigung fremder Fürsten angestellt werden, an die Schwurgerichte, wurde verworfen.

London, 17. Februar Morgens. Der Dampfer „La Plata“, welcher St. Thomas zwei Tage nach der bestimmten Abfahrtszeit verlassen und unterwegs mit schwerem Wetter zu kämpfen hatte, ist in Southampton eingetroffen. Derselbe überbringt 624,000 Dollars an Kontanten, darunter 269,000 mexikanische Dollars. Der Gesundheitszustand auf den westindischen Inseln war gut. Auf St. Thomas wiederholten sich fortwährend schwache Erdstöße.

Berichte aus Lima bestätigen, daß Prado die Präsidentschaft niedergelegt hat.

London, 17. Februar Morgens. Eine Depesche der „Times“ aus Senegal vom 1. d. M. meldet, daß die Engländer am 31. Januar Attentat auf den Kaiser von Senegal, den Kaiser von Senegal unterwarf sich dem Könige Theodor.

London, 17. Februar Abends. Der noch unbegebene Rest der russischen Eisenbahnleihe für die Linie Drel-Bitebek, im Betrage von 2,500,000 Pfd. Sterl., soll zum Kurse von 75 emittirt werden.

Paris 17. Februar, Nachmittags. Gesetzgebender Körper. Baron de Sauter sucht die Genehmigung zu einer Interpellation nach Wegfall der von der Regierung verweigerten Einleitung einer Untersuchung gegen den Friedensrichter im Departement Gotes du Nord, welchem Erpressung zur Last gelegt worden ist. Richard vertheilt bei der darauf fortgesetzten Berathung des Preßgesetzes sein Amendement, wonach die Wahl von Zeitungen für die Veröffentlichung von Gerichtsanzeigen den beteiligten Parteien überlassen werden solle. Der Regierungskommissar Solibois bekämpft dieses Amendement. Die Sitzung dauert fort.

Paris, 17. Februar, Abends. Gesetzgebender Körper. Fortsetzung. Das Amendement Richard wird von Brame unterstützt. Der Berichterstatter Nogent Saint-Laurens erklärt sich dagegen. Die Auswahl von Zeitungen für Gerichtsanzeigen durch die Präfecten sei durch das öffentliche Interesse geboten. Das öffentliche Interesse, entgegnet Picard, fordere gerade, daß derartige Anzeigen nicht in Zeitungen veröffentlicht werden, die wenige Abonnenten haben. Der Minister des Innern, Pinard, erklärt, die Regierung sei entschlossen, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, und werde solchen Zeitungen, welche auf den Sturz arbeiten, keine Anzeigen zuwenden. Lanjuinais verlangt, daß die Zeitungen in den Arrondissements von der Verpflichtung entbunden werden, ihre Anzeigen im Auszuge an das Journal der Präfektur einzusenden. Darauf nimmt Emile Olivier das Wort. Die Sitzung dauert fort.

„Etendard“ stellt in Abrede, daß die französische Regierung den Uebertritt der hannoverschen Legionäre auf französisches Gebiet begünstigt habe. — „France“ schreibt: Die französische Regierung ist durch die Ankunft der Hannoveraner noch unangenehmer berührt worden, als die preussische. Wir dürfen es nicht dulden, daß von Fremden angezettelte Machinationen es versuchen, unsere Politik zu engagiren und unsere Beziehungen zu Nachbarstaaten zu kompromittiren. Bei ähnlichem Anlaß würde das Berliner Kabinett genau so handeln wie wir. Es ist unrichtig zu sagen, daß die französischen Behörden die Flüchtlinge unter ihren Schutz genommen hätten. Die Behörden haben sich darauf beschränkt, letzteren einen Aufenthaltsort anzuweisen und weitere Instruktionen einzufordern. Der Minister des Innern ordnete sofort die Zerstreung der Gruppen in verschiedene, von der Grenze mehrere Meilen entfernte Ortschaften an und internirte die Anführer in Bourges, und zwar geschah dieses, ohne daß irgend welche Schritte seitens der preussischen Regierung stattgefunden hätten. Das Kabinett der Tuilerien ließ gleichzeitig in Berlin erklären, es wüßte in dieser die wechselseitigen guten Beziehungen interessirenden Frage Hand in Hand mit der preussischen Regierung zu gehen. Diese freiwilligen und freundschaftlichen Erklärungen, begleitet von der Anzeige der bereits getroffenen Maßregeln, haben in Berlin die beste Aufnahme gefunden. Bei diesem so offen liegenden Sachverhalt ist es wunderbar, wenn versucht wird, die Angelegenheit in anderem Lichte erscheinen zu lassen.

Florenz, 16. Februar, Abends. Die Nachricht, daß die betreffende Kommission der Deputirtenkammer die Maßsteuer nur dann bewilligen werde, wenn die Regierung auf die Besteuerung der Rente eingehe, wird aufrecht erhalten. Die Berichte über die Finanzgelege werden gleichzeitig in der Deputirtenkammer vorgelegt werden.

Florenz, 17. Februar, Nachmittags. Wie es heißt, wird General Lamarmora in einer Mission nach Paris reisen. Anlässlich der Vermählung des Kronprinzen wird für diejenigen Militärpersonen, welche ohne Genehmigung die Grenze überschritten haben, eine Amnestie erwartet.

Italienische Rente 50, 65. Napoleonsbörse 22, 96.

Florenz, 17. Februar, Nachmittags. Deputirtenkammer. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen der Prinzessin Margareth eine Dotation von 500,000 Fr. zugewiesen wird, und eine zweite, betreffend die Bewilligung des provisorischen Budgets. Der Präsident bemerkte anlässlich dieser letzteren Vorlage, er habe das Vertrauen, die Kammer werde die Budgetberathung im laufenden Monate erledigen und eine weitere provisorische Bewilligung nicht mehr nöthig sein. Darauf wird die Budgetberathung fortgesetzt. Sella hält eine längere Rede über die Verhältnisse der Nationalbank.

Smyrna, 16. Februar. Die preussischen Schiffe „Gertha“ und „Medusa“ sind heute von hier in See gegangen, ersteres nach Malta, letzteres nach Alexandrien. Das Kanonenboot „Bly“ ist hier zurückgeblieben.

Bukarest, 17. Februar, Vormittags. Das amtliche Blatt führt die Mittheilungen über angebliche Bildung bewaffneter Banden in Rumänien auf ein von Spekulanten erfundenes Manöver zurück, durch welches der Kurs der rumänischen Staatspapiere herabgedrückt werden sollte.

Die volkswirtschaftliche Aufgabe der landwirtschaftlichen Hypotheken-Kredit-Institute.

In einer Schrift unter vorstehendem Titel (Berlin bei Wegandt u. Hempel) entwickelt ein ostpreussischer Gutsbesitzer, Dr. Matern, die Grundzüge einer nothwendigen Reorganisation jener Institute, zunächst mit Beziehung auf die ostpreussische Landschaft. Vermehrung des flüssigen Kapitals ist sein erstes Ziel. Auf die Einzelheiten der umfassenden Schrift kann hier nicht eingegangen werden, unsere Leser müssen sich mit einem Resume der gemachten Reorganisationsvorschläge ohne nähere Begründung begnügen.

Das feste Grundkapital der zu einem Landschaftsverbande gehörenden Gutsbesitzer in fähiges Kapital zu verwandeln, ist der sachgemäße Ausdruck für den nächsten Zweck der Landschaft. Dieser Zweck ist für eine Landschaft ein zu eng begrenzter; jede Landschaft muß die mittelbare volkswirtschaftliche Aufgabe zu der ihrigen machen. Die sämtlichen alten Landschaften, wie die neuen Hypotheken-Kredit-Institute sind gegenüber der großen, ihnen zufallenden volkswirtschaftlichen Aufgabe unwirksam zu nennen.

Das Haupthinderniß, welches der Verpfändung des Grund und Bodens durch diese Kreditgesellschaften entgegensteht, ist der Unter-Pari-Kurs der Pfandbriefe. Dem Besitzer fehlt, da er weniger, als den Betrag der Belastung seiner Hypothek erhält, das flüssige Kapital, die Kursdifferenz zu decken.

Der Pari-Kurs ist aber durch kein anderes Mittel als durch veränderlichen Zinsfuß und Kündigung vom Inhaber, durch diese aber sicher in dem erforderlichen Maße zu erzielen. Gegen den variablen Zinsfuß lassen sich keinerlei Bedenken erheben; derselbe ist auch in der Praxis nichts Neues mehr.

Der variable Zinsfuß bedingt aber die Nothwendigkeit einer Garantie für den Kapitalisten, daß er mit Zinsen und Kapitalwerth, welcher sich bei einem von dem Inhaber nicht kündbaren Pfandbrief auf den Zinsfuß basirt, nicht der Willkür der Landschaft preisgegeben sei.

Diese Garantie kann dem Kapitalisten auf keine andere Weise vollkommener geboten werden als dadurch, daß die Pfandbriefe kündbar von dem Inhaber gemacht werden.

Die Kündigung wird außerdem der Landschaft zum Motiv für unveränderliche Solidität, sowie dieselbe dem Kapitalisten eine wesentliche Garantie dafür bietet.

Die Kündigung ist für die Landschaft in normalen und auch in kritischen Zeiten durchaus ungefährlich.

Die Veränderlichkeit des Zinsfußes kann allein den Pari-Kurs der Pfandbriefe nicht bedingen. Die Kurschwankungen sind, namentlich in kritischen Zeiten, durch die Furcht vor Kapitalverlust bedingt. Die Kündigung giebt den Kapitalisten die Garantie gegen Kapitalverlust. Die Kündigung ist deshalb ein Hauptmoment den Pari-Stand der Pfandbriefe zu erhalten.

Die Kündigung würde den Pfandbriefen einen Vorzug vor allen anderen Kapitalpapieren geben, welcher dieselben zum beliebtesten Papier der größten Zahl von Kapitalisten machen würde.

Die Landwirthe sollen sich diese Eigenschaft ihres Pfandobjektes, welches seiner Natur nach die Kündigung der darauf gegründeten Kapitalpapiere zuläßt, was kein anderes festes Kapital, keine Eisenbahn z. B. kann, zu Nutze machen, um ihren Pfandbriefen damit einen Vorzug vor allen anderen Papieren zu geben.

Die Kündigung der Pfandbriefe wird denselben bei der zeitgemäßen Höhe des Zinsfußes eben so sicher den Pari-Kurs selbst in kritischen Zeitläufen geben, als unsere Banknoten in Folge ihrer täglichen Zahlung immer, selbst in kritischen Zeiten, den Pari-Kurs behaupten. Wie ein Zwangskurs die Banknoten unter pari bringt, so auch die Unkündigung der Pfandbriefe.

Die Schwierigkeiten, welche die Banknoten durch ihre tägliche

Zahlbarkeit in kritischen Zeiten den Banken verursachen, können der sonstigen Natur der Pfandbriefe nach durch die Kündigung derselben bei einer Landschaft unmöglich zur Erscheinung kommen.

Der kündbare Pfandbrief gleicht der Privathypothek. Derselbe hat aber dieser gegenüber alle für den Gutsbesitzer sowohl als für den Kapitalisten nur möglichen Vorzüge.

Die Landschaft hat für ihre Pfandbriefe in normalen wie in kritischen Zeiten, unter keinen Umständen mehr Kündigungen zu befürchten als die Gesamtheit der Besitzer nicht besandbriefter Güter für ihre kündbaren Privathypotheken. Die Summe der letzteren ist in Ostpreußen wohl 10 Mal größer als die Summe der Pfandbriefe.

Entzieht sich in kritischen Zeiten zum Theil das baare Kapital dem Kredit, so wird dasselbe um so mehr in den sicheren den Kapitalwerth garantirenden kündbaren Pfandbriefen Anlage suchen.

Die Furcht vor der Kündigung beruht im Mangel einer richtigen Anschauung von dem Kapital, von dem festen und von dem flüssigen, von der großen Masse des ersteren und von der Rolle des letzteren.

Eine Kündigung von Hypotheken-Kapital, welche die Tendenz hat zum Ersatz der Ausfälle oder zur Zahlung an das Ausland Zahlungsmittel zu schaffen, muß befriedigt werden. Ein Theil des festen Kapitals muß flüssig gemacht werden.

Geschieht dies nicht, und die Kündigung kann nicht die direkteste Befriedigung finden, so ist eine Vervielfältigung derselben die Folge davon. Diesen gefürchteten Kündigungen wirkt die freie Mobilisirung des Grundkapitals entgegen und nimmt der Furcht vor der Kündigung der Pfandbriefe vollends den Boden.

Indem die Unkündigung der Pfandbriefe das hauptsächlichste Hinderniß für die Mobilisirung des Grundkapitals ist, wird dieselbe in einer Zeit des Kapitalmangels zur Ursache vieler Kündigungen von Privathypotheken, also zur Ursache des Uebels, welches dieselbe beseitigen soll.

Die Unkündigung der Pfandbriefe ist ein großer volkswirtschaftlicher Fehler.

Die Kündigung der Pfandbriefe dagegen ist nicht nur nicht zu fürchten, sondern sie verbürgt der Landschaft den sicheren Erfolg in Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe.

Eine Landschaft, welche ihre volkswirtschaftliche Aufgabe erkennt und dieselbe durch die Ausbeutung der Verpfändung auf bisher nicht besandbriefte Güter zu erfüllen strebt, und die Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten vereint, Pfandbriefe mit Kündigung vom Inhaber und veränderlichem Zinsfuß ausgiebt, wird überall das größte Vertrauen erwecken und ihren Pfandbriefen die günstigste Aufnahme verschaffen.

Der Verfasser empfiehlt ein Tarverfahren, nach dem der ermittelte Werth sich mehr dem zeitigen Verkaufswert nähert, die Beleihungsquote darf jedoch die Hälfte dieser Taxe nicht überschreiten. Ein zweckentsprechendes Tarverfahren für eine Landschaft gebe die Kombination der Bonitirung für die Grundsteuervertheilung mit einer von der Landschaft aufzustellenden Werthtabelle für die verschiedenen Bodenklassen in den verschiedenen Kreisen des landwirtschaftlichen Gebiets, unter einer von der Landschaft aufzustellenden Norm für die Berechnung derjenigen Werthmomente des einzelnen Guts, welche in der Bodenklasse einen Ausdruck nicht finden.

Indem das System die Mängel der reinen Grundsteuerart vermeide, mache es sich durch Benutzung der Bonitirung für die Grundsteuervertheilung des größten Vortheils theilhaftig, welchen die Arbeiten für die Grundsteuer zu bieten vermögen.

Von der Verwaltung der Landschaft ist hauptsächlich zu verlangen, daß dieselbe dem Geschäft jede mit ihrer Sicherheit vereinbare Erleichterung und Beschleunigung zu Theil werden läßt. Das Tilgungssystem hält der Verfasser für unnütz, ja schädlich und verwerflich. Er stellt dem Institut eine mehr kaufmännische Aufgabe. Die Organisation der neuen Berliner Hypotheken-Kredit-Institute auf Aktien sei in dieser Richtung nachzuahmen. Andererseits sei der Charakter dieser Institute dem Zwecke nicht günstig. Die Elemente einer radikalen Reform in den Hauptprinzipien fehlen ihnen wie den alten Landschaften. Der Verfasser schließt:

„Eine Landschaft nach dem hier proponirten System intendirt, einen Theil der vielen Millionen kündbaren erster Privat-Hypothek in kündbare Pfandbriefe zu verwandeln.“

Die unmittelbaren Vortheile davon für Gutsbesitzer und Kapitalisten sind erheblich und allein Motiv genug, eine solche Landschaft durch Vertrauen und Theilnehmung zu begünstigen.

Da aber von diesen Millionen mobilisirten Hypotheken-Kapitals ein großer Theil dem Kredit dienstbar wird, so ist damit das wirksamste Mittel zur Hebung aller Kapitalnoth und Kreditnoth, welche seit Jahren einen unglücklichen Druck auf unsere wirtschaftlichen Zustände ausübt, gegeben.

Damit ist gleichzeitig eine Hauptwurzel des Kapitalmangels, die Arbeitsstockung, ertödtet.

Unsere Volkswirtschaft wird wieder aufblühen und nie wieder in solche unnatürlichen Zustände zurückverfallen.“

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 17. Februar. Die Regierung hat bekanntlich die Verpflichtung, ein Gesetz über die definitive Gestaltung der Wahlbezirke in den neuen Landestheilen noch in der gegenwärtigen Landtagsession vorzulegen. In einer Audienz, welche der Minister des Innern heute Morgen beim Könige hatte, ist diesem die Gesetzentwurf zum Vortrage gebracht und die allerhöchste Genehmigung derselben eingeholt worden. Es steht zu erwarten,

daß das Gesetz morgen im Abgeordnetenhaus eingebracht werden wird; ob es jedoch noch in dieser Session, deren baldige Schließung allseitig gewünscht wird, zur Erledigung gelangt, dürfte fraglich sein. — Die Nachricht, daß der preussische Gesandte am römischen Hofe, Baron v. Arnim, bei der Ueberreichung der Kreditiv als Bevollmächtigter des Norddeutschen Bundes auch die Mittheilung gemacht habe, daß man preussischerseits auch mit der Errichtung einer Nunciatur in Berlin einverstanden sei, ist unbegründet. Das treffende Telegramm, welches jene Nachricht überbrachte, scheint überhaupt inkorrekt zu sein, denn offenbar konnte der Gesandte nicht wohl von der „versöhnlichen“ Gesinnung seines Monarchen gegen den päpstlichen Stuhl reden, da keine Entfremdung zwischen beiden Höfen stattgefunden hat. — Die Verhandlungen, welche hier zwischen Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes und Norwegens wegen Abschlußes eines neuen Postvertrages stattfinden, gehen ihrem Ende entgegen, und der vereinbarte neue Vertrag wird in den nächsten Tagen, wahrscheinlich schon morgen, unterzeichnet werden. Es wird durch denselben u. a. bestimmt, daß die Korrespondenz zwischen dem Norddeutschen Bunde und Norwegen wesentlich eine dreimalige Beförderung erhalten soll, und zwar zwei Mal durch eine Dampfschiffverbindung zwischen Kopenhagen und Christiania und ein Mal durch eine solche zwischen Kiel und der norwegischen Hauptstadt. Das Briefporto zwischen den beiderseitigen Postgebieten ist auf 3½ Silbergroschen festgesetzt. Wegen der besonderen Verhältnisse des Verkehrs zwischen Norwegen und den Hansestädten Hamburg und Lübeck sind noch besondere Abmachungen erforderlich. — Der Zusammentritt von Bevollmächtigten der Postverwaltungen des Norddeutschen Bundes und der Eidgenossenschaft wird am 15. März in Berlin stattfinden.

— Die Oberin des Diakonissenhauses Bethanien, Gräfin Anna zu Stolberg-Bernigerode, ist heute früh nach etwa zehntägiger Krankheit verstorben.

— Wie die in der russischen Regierung überwiegende, wenn auch neuerdings vorsichtiger auftretende Nationalpartei die Beziehungen zwischen Preußen, Oesterreich und dem Orient aufstellt, ergibt sich aus einem prägnanten Artikel der „Moskauer Zeitung“. Darin heißt es u. A.:

„Unzweifelhaft sind im südöstlichen Europa die Interessen Deutschlands und Oesterreichs identisch, beide aber den Interessen Russlands entgegengeleitet. In der That dringt die preussische Politik auch darauf hin, Oesterreich im Südosten Europas für anderweitige Verluste zu entschädigen. Hier ist Oesterreichs Vorteil Deutschlands Gewinn, und die Wiener Regierung der natürlichen Vorläufer und Pionier der Berliner; hier wird Preußen niemals Rußland zum Schaden Oesterreichs unterstützen. Das heutige Oesterreich ist ja überhaupt nur ein Geschöpf der siegreichen Berliner Staatskunst und je mehr es der Richtung folgt, in die es so unfaßlich hineingestoßen wurde, desto mehr wird es der deutschen, nunmehr in Berlin domizilirt, entsprechen, desto weniger mit der russischen harmoniren.“

— Wie von Wien gemeldet wird, soll die österreichische Konföderatsfrage von Frankreich als Hebel benutzt werden, um die Idee einer Konferenz zur Schlichtung der römischen Verwickelungen den Mächten plausibler zu machen.

— Bezüglich der Nürnberger Burg schreibt eine ministerielle Münchener Korrespondenz:

Es hat weder eine Abtretung der Burg zu Nürnberg an Preußen, noch überhaupt ein Staatsvertrag in Bezug auf dieselbe stattgefunden. Die Sache reducirt sich darauf, daß der König von Bayern, um der neubefestigten Freundschaft zwischen den beiden Königshäusern und Staaten einen symbolischen Ausdruck zu verleihen, durch einen Brief, datirt vom 30. August 1866, dem König von Preußen angeboten hat, die erwähnte Burg seiner Ähnen gemeinsam mit ihm zu besitzen und bei etwaiger Anwesenheit in Bayern zu bewohnen, und daß der König von Preußen dieses Anerbieten mit aufrichtigem Dank angenommen hat.

— In Ansehung der projektirten Lausitzer Bahn wird von guter Hand mitgetheilt, daß bei der zur Ausführung dieser Bahn eingeleiteten Verhandlungen außer den für dieselbe früher schon vorgeschlagenen Linien Kottbus-Hoyerwerda-Ramenz u. und Kottbus-Spremberg u., eine dritte, Brand-Luckau-Finsterwalde u. in Betracht gezogen wird.

Stettin, 17. Februar. Das kleine Haff ist eisfrei und auch das große Haff ist ziemlich frei vom Eise, nur auf dem Schaar nach der Divenow zu stehen noch Eismassen. Im Fahrwasser nach Swinemünde treibt zeitweise noch etwas Eis, welches jedoch für nicht sehr tiefgehende Schiffe kein Hinderniß ist. Es ist hier bereits eine größere Anzahl Schiffe angekommen.

Suhl, 12. Februar. Heute Nachmittag zwischen 1 u. 2 Uhr ist eine Fabrik königlicher Munitionsgesellschaften in die Luft geflogen. Leider sind dabei vier Menschen getödtet und sieben schwer verletzt worden.

Sachsen. Leipzig, 15. Februar. Seit gestern Abend langen mit jedem Zuge von Magdeburg aus Hannoveraner hier an und sind bereits in sämtlichen Gasthöfen von dem hier anwesenden hannoverschen Komité die Zimmer bestellt. Die Ankommenden werden von dem am Bahnhofgebäude der Magdeburger-Leipziger Eisenbahn aufgestellten Komité je nach Zahl der vorhandenen Zimmer in den einzelnen Gasthöfen durch Dienstmänner nach denselben hindirigirt. Bis jetzt, 3 Uhr Mittags, beträgt die Zahl der Angekommenen bereits über 1500 Personen beiderlei Geschlechts und sind dieselben mit Billetten, worauf der Name Karl Witte als Empfänger von 18 Thlr. 5 Sgr. und der Firmastempel von C. P. Sonntag in Hannover gedruckt stehen, versehen, und berechtigten dieselben zur Fahrt in 3 Wagenklasse von Braunschweig nach Wien und bis zum 25. Februar wieder zurück, von Leipzig aus nach Wien per Extrazug der Leipzig-Dresdener Eisenbahn am Sonntag, 16. Februar, 7 Uhr Morgens. Die hiesige Polizeiverwaltung hat die Gasthöfe- und Logisbesitzer angewiesen, ausnahmsweise jeden heute ankommenden Fremden sofort auf dem Polizeiamte anzumelden. Die meisten ankommenden Hannoveraner sind nach den Fremdenbüchern Restaurateure, Wirthe, Metzger, Bäcker, Schuhmacher, Defonomen, Hofbesitzer u. und machen sich in den hiesigen Lokaltäten durch laute Bemerkungen über ihre gegenwärtige Lage auffallend.

Oesterreich.

Wien, 14. Februar. Die Bewegung an der Donau, obwohl von der rumänischen Regierung in Abrede gestellt, ist nichts desto weniger nicht zu unterschätzen. In Bukarest wird jede Theilnahme der Regierung an dem Einfall der Banden in Bulgarien geleugnet, und zu einem juristisch unwiderleglichen Beweise wird

allerdings viel fehlen. Doch wird an allen nicht offiziellen Orten in der Hauptstadt der Walachei mit unverblümter Offenheit erzählt, welche Unterstützung die Regierung dem Unternehmen zu Theil werden lasse, und welches die Elemente sind, die die Agitation dirigiren. Eine Thatfache, an der nicht zu zweifeln, ist der direkte Impuls, welchen Bibikoff's Anwesenheit in Bulgarien dem Unternehmen gegeben hatte. So viel ich weiß, ist man so wenig in Paris als hier in Wien durch die Beschönigungen der Regierung in Bukarest zufrieden gestellt, und Oesterreich und Frankreich sind darin einig, von der Regierung des Fürsten Karl genügende Bürgschaften zu fordern.

— Heute Vormittags langten Fürst J. Cantacuzeno und der Erzpriester Melchiseke, von der rumänischen Regierung mit einer vertraulichen Mission nach Petersburg entsendet, aus Bukarest hier an, um nach kurzer Rast, und nachdem sie mit dem rumänischen Agenten Herrn D. Bratiano konferirt, ihre Reise schleunigst weiter fortzusetzen. Die rumänischen Oppositionsblätter machen ihrer Regierung anlässlich dieser Mission heftige Vorwürfe und beschuldigen sie geradezu, das Land an Rußland verkauft zu haben.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Februar. Die neuesten Nachrichten aus Abyssinien sind keineswegs erfreulicher Art, ausgenommen etwa der Umstand, daß der General Napier, den Marsch beschleunigend, im Begriff ist, von Canafah nach Antalo aufzubrechen, und daß der angebliche Zusammenstoß der Vorhut mit abyssinischen Freibeutern, wie anzunehmen war, ein leeres Gerücht war. Mit großer Spannung aber erwartet man hier, in wie fern sich die Nachricht bestätigen werde, daß Theodoros schon in Magdala eingetroffen sei und jetzt also alle europäischen Gefangenen wieder in seiner Gewalt habe, sowie daß der den Engländern wohlgesinnte König Menilek von Schoa sich geschlagen nach seiner Hauptstadt Ankobar zurückgezogen habe. Unangenehm berührt es auch, daß die ägyptischen Truppen wieder ohne Einvernehmen mit dem britischen Kommando in Annesley-Bai vorzurücken anfangen. Nach einem Telegramm aus Bombai sind für Zwecke der abyssinischen Expedition nicht weniger als 238 Schiffe in Thätigkeit; die Frachtkosten sollen sich ausschließlich der Kohlen auf monatlich 392,000 Pfd. St. belaufen.

Rußland und Polen.

Wilna, 13. Februar. Nach sichern Nachrichten aus Petersburg soll das Projekt, Wilna mit der Warschau-Terespoler Bahn direkt zu verbinden, Seitens der Regierung genehmigt sein. Es haben sich gegenwärtig drei Gesellschaften mit ausreichenden Kapitalien zu dem Unternehmen gemeldet, eine ausländische und zwei russische, und man glaubt, daß eine der letzteren die Konzession erhalten werde. Wenn die oben bezeichnete Bahnlinie ausgeführt sein wird, so bildet Wilna einen wichtigen Knotenpunkt für die westlichen Gouvernements und die Disseprovinzen, und steht dann mit Petersburg, mit der preussischen Grenze, mit Warschau, Kiew und Riga in direkter Verbindung. Die Dinaburg-Rigaer Bahn, welche die Ostsee mit der Hauptbahn Cydtkuhnen-Petersburg verbindet, rentirt jetzt schon sehr gut und wird dann noch mehr gewinnen, wenn die direkte Verbindung Wilnas mit Kiew hergestellt sein wird.

Vom Landtage.

12. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 17. Februar. Eröffnung 11¼ Uhr. Am Ministertisch: die Minister der Justiz und des Handels.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode theilt mit, daß das Staatshaushaltsgesetz aus dem Abgeordnetenhaus herübergekommen und der Budgetkommission überwiesen worden ist.

Es wird darauf sofort in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand die Special-Diskussion über die in Folge der Anträge v. Below, v. Frankenberg und Graf Rittberg vorgeschlagenen Gesetzentwürfe, betr. die Abänderung des ersten Absatzes des Art. 84. der Verfassung (den Wortlaut dieses Gesetzes haben wir am Sonnabend gegeben), und betr. den Schutz gegen den Mißbrauch der Redefreiheit der Landtagsmitglieder ist. Den Hauptinhalt der hierzu vorliegenden Amendements Blömer, Zellkamp und Pfeiffer haben wir schon mitgetheilt.

Zunächst wird die Spezial-Diskussion eröffnet über §§. 1 und 2 des Amendements Blömer. Dieselben lauten:

„§. 1. Kein Mitglied des Landtags der Monarchie darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinär verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung desjenigen Hauses, zu welchem es als Mitglied gehört, zur Verantwortung gezogen werden.“

§. 2. Dagegen hat jedes Haus das Recht und die Pflicht, außer dem, dem Präsidenten des Hauses zur Handhabung des Geschäftsgeheimnisses und der Disziplin geschäftsordnungsmäßig übertragenen Befugnissen (Artikel 78 der Verfassung) auf Anträge der im §. 4 bezeichneten Art, solche Aeußerungen auch seiner unmittelbaren Beurtheilung zu unterstellen, und sie, sofern es den Antrag begründet findet, für unrichtig, für unpassend, für Beides zugleich, oder für unwürdig zu erklären.

Herr Blömer befürwortet seinen Antrag. Wenn auch in dem von ihm vorgeschlagenen Verfahren das Wort „Strafe“ nicht vorkäme, so wäre ein solcher Ausdruck des betreffenden Hauses gegen das straffällige Mitglied weit höher anzuschlagen, als die von den gewöhnlichen Gerichten wegen Beleidigungen und Verleumdungen zu verhängenden Strafen, die doch meist nur in Geldstrafen bestanden. Zur Rechtfertigung des Antrags wies Redner auf die erhabene Stellung der Landesvertretung hin, welche in der ihr gestatteten Wahl des Regenten kulminire. Diese lasse nicht zu, daß deren Mitglieder der Verfolgung durch den Staatsanwalt ausgesetzt und den gewöhnlichen Gerichten unterworfen werden. So unrichtig es vom Abgeordnetenhaus gewesen sei, dem Herrenhaus einen von vorn herein unannehmbaren Antrag zu machen, in gleicher Weise unrichtig würde ein Vorschlag von Seiten des Herrenhauses sein, welcher im Abgeordnetenhaus nicht Annahme finden könne; das Herrenhaus müsse sofort eine Position nehmen, zu deren Aufgeben es nicht wieder gedrängt werden würde. Einerseits stehe das Prinzip des Artikels 30 der Verfassung des Norddeutschen Bundes als Palladium der Redefreiheit unabänderlich fest, andererseits müsse allerdings ein gesicherter Rechtsschutz gewährt werden. Dies beides sei dadurch zu vereinen, daß der Verletzung wie das Recht so auch die Pflicht zugesprochen werde, selbst über jede Unzulässigkeit zu wachen. Dies sei nicht auf dem bloßen Wege der Geschäftsordnung erreichbar, die Frankfurt wie die Erfurter Versammlung habe ein Exklusionsrecht gehabt, auch das Herrenhaus besitze es seit dem 12. Oktober 1854. So müsse auch das Abgeordnetenhaus zu einem Gerichtshofe gehalten werden, der die Pflicht habe, rückfichtlich desfallsiger Beschwerden über den Mißbrauch der Redefreiheit zu entscheiden, und der sich dem nicht entziehen dürfe.

Der Einwand, daß die Minister damit einer solchen Gerichtsbarkeit unterworfen werden könnten, beseitigte sich dadurch, daß sie im Hause als Minister, nicht als Abgeordnete sprächen, keinesfalls so sprechen würden, daß sie zu solchem Verfahren Anlaß böten; am richtigen und ihrer Stellung allein entsprechend sei es aber, daß sie überhaupt kein Mandat annähmen, weil der Landtag seiner Aufgabe nach als Kontrolle der Staatsverwaltung mit dem Amte eines Ministers kollidire. Auch der weiter gemachte Einwand treffe nicht zu, daß die Häuser in ihrer Gesamtheit in Parteileidenschaft ungerecht verfahren könnten, und darum ein aus ihnen gebildetes Gericht vorzuziehen sei. Weder der Zufall des Looses, noch die Parteileidenschaft der Wahl gestatte dessen Bildung. Es sei ungeeignet, daß ein kleiner Theil einer Korporation eine die Gesamtheit beobachtende, später richtende Stellung einnehme. Endlich lasse sich eine

Befugniß, wie die Strafgewalt der ganzen Korporation, überhaupt nicht auf einen kleinen Ausschuss übertragen. Das Prinzip des Art. 30 der Verfassung des Norddeutschen Bundes werde siegreich vordringen, aber bei der eigenen Geschichte, welche unser preussisches Verfassungsleben habe, sei zu wünschen, daß nicht eine bloße Uebertragung auf dasselbe stattfinde. Jedenfalls habe dieser Antrag am meisten Aussicht auf Annahme im Abgeordnetenhaus. Daß jedes Haus danach ganz für sich bleibe, entspreche am meisten dem deutschen Recht und den Einrichtungen, wie wir sie noch bei launmännlichen Korporationen und in händlicher Rücksicht im Gesetz vom 23. Juli 1847, bei militärischen Ehrengerichten, im Ehrenrathe der Rechtsanwälte und nach der Verordnung vom 12. Oktober 1854 fürs Herrenhaus hätten. Auch daß eine Abstufung der Censur eintreten könne, sei vorthellhaft. Herr v. Senft-Bilsack habe vor einiger Zeit eine Rede mit den Worten geschlossen: „das Herrenhaus trete immer ein für Recht und Freiheit.“ Der Augenblick ist gekommen, wo Sie, meine Herren, dies bekräftigen können. Nehmen Sie meinen Antrag an, so treten Sie für Recht und Freiheit ein.

Herr v. Below bekämpfte den Antrag Blömer als unausführbar und unpraktisch. Der Antrag gewähre durchaus nicht den genügenden, von konservativer Seite von den Institutionen des Staates unabwiesbar zu fordern den Rechtsschutz. Für die Beurteilung der in der Landesvertretung möglichen Vergehen und Verbrechen — wie hochverräterische Unternehmungen — ferne er kein Gericht und nicht etwa nur eine entsprechende, sondern überhaupt gar keine Strafe. Es ist eine irrigte Behauptung, daß es sich rückfichtlich aller Aeußerungen in der Landesvertretung nur um eine causa domestica handle. Vielmehr ist das ganze Verfahren im eminenten Sinne eine res publica. Die Tribüne des Landtages ist nicht mit Unrecht mit einer Reichsanzel verglichen worden. Ein Verfahren des ganzen Hauses gegen Ausschreitungen der Redefreiheit hat nicht das Wesen eines Gerichts, es ist geleitet von Parteirücksichten und Leidenschaft, wie der Entwurf selbst dadurch anerkennt, daß er für den Hauptfall der vorausgesetzten Beschlässe eine Mehrheit von 2/3 der Stimmen fordert. Das Gewissen der Beteiligten ist nicht geschützt durch den Eid. Das vorgeschlagene Verfahren unterliege sich von einer bloßen Maßregel auf Grund der Geschäftsordnung vorthellhaft dadurch, daß auch der Verlegte ein selbstständiges Recht zur Selbsterhaltung des ihm zugefügten Unrechts hat und das Haus nöthigen kann, auf die Beurtheilung der Sache einzugehen. Aber der Erfolg ist auch dann nicht ein Urtheil, sondern nur eine Erklärung des Hauses. Konsequenz würde gewesen sein, das Haus dann bestimmte Disziplinarstrafen, schließlich als höchste den Ausschluß aus ihm oder den Verlust der passiven Wahlfähigkeit, aussprechen zu lassen. Es spricht aber nur die Motive einer Verurtheilung aus, und die einzige eintretende Strafe tritt als deren unmittelbare Folge ein. Das ist einerseits zu wenig, andererseits fingirt es eine Folge des Landtags, die fast noch über die Souveränität hinausgeht, so daß es gar keiner Strafe von dessen Seite bedarf, daß seine bloße Verurtheilung einer Handlung zu der Vernichtung des davon Betroffenen hinreicht.

Herr Hausmann: Wie auch jeder Einzelne von uns über die Entfaltung den ursprünglichen Sinn und die Leidensgeschichte des Art. 84. denken mag, so werden doch alle darin einverstanden sein, daß jetzt, abgesehen von der Deutung, welche ihm die Gerichte in Folge des bekannten Obergerichtsbefchlusses geben müssen, die Ansichten über denselben sowohl bei unserer Landesvertretung als bei sämtlichen Gerichten des preussischen Staates weit auseinandergehen und daß eine endliche Regelung dieser Sache zum dringlichsten Bedürfnis geworden ist. Von einer Seite wird behauptet, Art. 84. spreche so deutlich den vom Obergericht hingeleiteten Sinn aus, daß es einer solchen Auslegung gar nicht bedürftig hätte; von der andern Seite wird mit eben so großer Ueberzeugung behauptet, daß trotz der Entscheidung des Obergerichts Art. 84. nach wie vor die unbedingte Redefreiheit garantire. Es wird ferner behauptet, daß die letzte Entscheidung des Obergerichts die Redefreiheit gar nicht verkürze, sondern nur gegen Verleumdungen vorgehe. Meine Herren, fallen denn nicht Verleumdungen, d. h. absichtliche Entstellungen der Wahrheit oder tendenziöse Erfindungen auf den Verleumdern selbst zurück und geben ihn der Schande Preis? Es können auch Fälle vorkommen, wo Jeder fest von der Wahrheit dessen, was er sagt, durchdrungen ist, und nachher von der Unrichtigkeit des Gesagten überzeugt wird; ein solcher Redner kann eben so wenig als Verleumder verurtheilt werden, wie der Staatsanwalt, der einen Verbrecher verfolgt, von dessen Unschuld er nachher überzeugt wird. Es giebt auch gewisse Wahrheiten, die nicht durch positive vollkommene Gründe vor den Richtern bewiesen werden können und nachher zu einer Verurtheilung führen. Gegen diese beiden Kategorien von Verurtheilungen sind die Mitglieder des Norddeutschen Reichstages getheilt. Die verschiedenen Ansichten über diese Sache haben zu einem Kampfe geführt, der sowohl im Reichstage, als im Abgeordnetenhaus mit einem Siege der liberalen Auffassung gekrönt ist, durch welchen im Reichstage der Art. 84. der preussischen Verfassungsurkunde in den Art. 30. des Norddeutschen Verfassung verandelt und im Abgeordnetenhaus der Artikel 78 der Verfassung angenommen worden ist, den Sie gestern verworfen haben. Die Dringlichkeit der Abhilfe für diesen unerquicklichen Zustand beweist uns am schlagendsten der Zweifelsche Prozeß. Der Abg. Zweifels wurde bekanntlich wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt, welche Strafe vom Kammergericht in eine Geldstrafe gemildert wurde. Wie einst Galilei ausrief: „Und sie bewegt sich doch!“ so hat auch das hohe Ansehen stehende Kammergericht gesagt: Wir haben jetzt zu entscheiden, ob wir, aber bei unserer Ueberzeugung, daß Artikel 84. unbedingte Redefreiheit garantirt, bleiben wir doch.“ W. S., durch Annahme der §§. 1. und 2. des Amendements Antrags werden nicht allein dergleichen Aeußerungen und Erklärungen unmöglich gemacht, sondern es wird auch noch das erreicht, daß die Gewährung der unbedingten Redefreiheit nicht vom Hintertreten einiger oldenburgischen und sächsischen Abgeordneten abhängig gemacht wird.

Bei der gestrigen Abstimmung haben Sie vielleicht die im Volke wege dieser Frage herrschende Aufregung unterschätzt; durch Annahme der vorliegenden Paragraphen werden Sie nicht allein viel zur Beruhigung des Volkes beitragen, sondern das Herrenhaus wird auch jetzt zeigen, daß es die preussischen Abgeordneten nicht schlechter stellen will, als die Mitglieder des Norddeutschen Reichstags, und daß es ernstlich bemüht ist, dem augenblicklichen unerquicklichen Zustande ein Ende zu machen. W. S., Preußen verlangt vermöge seiner Macht und der im preussischen Volke herrschenden Intelligenz an der Spitze von Deutschland zu stehen. Welches Armuthszeugniß würden wir unsern intelligenten Volke ausstellen, wenn wir ihm ein Recht, das die österreichischen Abgeordneten bereits genießen, verlagten wollten? Lassen Sie uns dieses Zeugniß nicht ausstellen und stimmen Sie für die ersten beiden Paragraphen des Blömer'schen Antrags (Bravo!).

Herr v. Kleist-Regow: Ich muß Herrn Hausmann entgegenreten, als ob unser Landtag schlechter gestellt sei, als der Reichstag; ich muß wiederholen, das für uns umgekehrt das Vertrauen in Anspruch genommen ist, daß wir wissen werden, von der Redefreiheit keinen Mißbrauch zu machen. Gegen den Antrag Blömer bin ich deshalb, weil er von keiner Strafe weis. Das Haus soll über irgend eine Aeußerung nur eine Erklärung abgeben. Eine solche Stellung der Häuser kann von den besten Folgen werden. Denn nach dem Antrage des Herrn Blömer ist eine solche Erklärung der Majorität überlassen; dabei ist aber die Gefahr einer Ungerechtigkeit sehr groß, sobald politische Leidenschaften mit ins Spiel kommen. Wenn sich aber das Haus eine solche Censur über alle Redner des Hauses anmaßt, wird die, ohnehin jetzt schon sehr schwere Stellung der Minister bis zum Unentraglichen erschwert werden. Allerdings haben wir für den betreffenden Artikel der Reichsverfassung gestimmt; ich habe aber damals die Gründe entwickelt, weshalb wir das ruhig thun konnten. Die Norddeutsche Verfassung war das eigentliche Werk Sr. Majestät und durch ihren sonstigen Inhalt das monarchische Prinzip so fest und sicher gestellt, daß ein Mißbrauch der in derselben gewährten Freiheiten nicht zu befürchten war. Machen Sie diese damals von mir begebenen Hoffnung nicht zu Schanden, rütteln Sie nicht an den festen Grundlagen unseres monarchischen Staates, und stimmen Sie gegen den Blömer'schen Antrag.

Bei der Abstimmung, die gleichzeitig über §. 1 und 2 erfolgt, werden dieselben abgelehnt; dafür stimmen etwa 25 Mitglieder. — Herr Blömer zieht in Folge dessen die übrigen §§. zurück.

Es folgt nun die Spezialdebatte über das von der Kommission vorgeschlagene Gesetz (Anträge Below und Senff-Bilsack), betreffend den Schutz gegen den Mißbrauch der Redefreiheit der Landtagsmitglieder, und zwar zunächst über §. 1. Derselbe lautet: „Ein Mitglied eines der beiden Häuser des Landtags kann wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen, soweit darin nicht ein nach dem Gesetz v. 25. April 1853 (Gesetzsammlung von 1853, Seite 162) zur Kompetenz des Kammergerichts gehöriges Staatsverbrechen gefunden wird, vor einem aus Mitgliedern beider Häuser des Landtags zu bildenden gemeinschaftlichen Gerichtshofe (Landtags-Gericht) belangt werden.“

Graf Wittberg empfiehlt diesen Antrag mit den bereits in der General-Diskussion vorgebrachten Gründen.

Herr Dr. Zellkamp: Der Kommissionsentwurf widerspricht dem Art

78 der Verfassung, nach welchem die Disziplin über die Mitglieder eines Hauses nur dem Hause selbst zusteht; er widerspricht dem Art. 7 der Verfassung, indem er einen Ausnahmegerichtshof bilden will; er steht dem allgemeinen parlamentarischen Brauch entgegen, nach welchem nicht ein Haus sich in die Angelegenheiten des andern mischen darf, und endlich enthält er eine Verletzung der Gerechtigkeit, denn da das Herrenhaus seiner Zusammensetzung nach fast ausschließlich aus konservativen Elementen besteht, so würden alle übrigen Parteien erheblich benachteiligt werden. Zudem würde die Würde des Landtags bedeutend leiden gegenüber dem Norddeutschen Reichstage, dessen Mitglieder die volle Redefreiheit gewährt ist. Ohne eine solche ist eine parlamentarische Thätigkeit überhaupt nicht denkbar, der Landtag würde dadurch nur zu einer Anstalt zur Bewilligung von Steuern und Anleihen herabgedrückt werden. Man hält uns die Nothwendigkeit entgegen, einen Schutz gegen Verläumdung zu haben, die von der Tribüne ausgesprochen werden; doch auch hier bietet der Art. 82 Schutz genug durch die Bestimmung, daß jedes Haus das Recht hat, zur Untersuchung und Bestimmung von Thatfachen Kommissionen niederzusetzen. Ich bitte Sie daher, den Entwurf abzulehnen.

Herr v. Below: Die angeführten Richter sind Staatsdiener und haben als solche das Recht, Strafen zu verhängen, warum sollten wir, die Herren des Hauses, dieses Recht nicht haben? Die Bestimmung, daß jedes Haus seine Disziplin selbst ausübt, kann nicht ausschließen, daß von beiden Häusern ein gemeinsamer Gerichtshof niedergesetzt werde. Die Jurisdiktion wird immer in und von dem Hause ausgeübt; eine Verfassungsverletzung liegt also nicht vor. Selbst ein eximierter Gerichtshof würde aber durch die bevorzugte Stellung gerechtfertigt sein, in welchem sich die Mitglieder des Landtages befinden. Mögen die Bestimmungen des Entwurfs vielleicht auch Mängel haben, gegenüber der Gefahr einer schrankenlosen Redefreiheit mit allen ihren Nachtheilen müssen diese Mängel verschwinden. Ich bitte Sie, mit mir für das Gesetz zu stimmen.

Graf Ritzberg bemerkt gegen Dr. Zellkamp, seine Behauptung, der vorliegende Entwurf gefährde die Redefreiheit, sei eine positivistische; die Redefreiheit werde im Gegentheil bis zur äußersten Grenze gewahrt.

Herr v. Bernuth: Ich hege die Hoffnung, daß das System der Negation, welche das Herrenhaus den Vorschlägen des Herrenhauses und Blömer entgegengefeht hat, auch diesen Vorschlag zurückweisen wird. Es ist ein Grundbegriff, wenn man glaubt, daß nur Verleumdungen der Verfolgung Seitens des Staatsanwalts auf Grund des Obertribunal-Beschlusses unterliegen sollen. Allerdings für jetzt bezieht sich dieser Beschluß nur auf Verleumdungen, aber nur, weil eben der Fall, an dem die Frage exemplifiziert wurde, dieser Kategorie angehörte. Aber ich kann Ihnen aus dem Strafgesetzbuch eine ganze Reihe anderer Paragraphen nennen, für welche die Schlußfolgerung des Staatsanwalts sich nach Annahme des v. Below'schen Antrages im Laufe der Zeit öffnen könnten, z. B. den sogenannten Kaufschuppapagraphen.

Referent Herr v. Kleist-Megow: Grade die Herren, welche ursprünglich für die Vorschläge Lasker oder Bachmann waren, müßten jetzt, nachdem dieselben abgelehnt sind, die Hand, die ihnen in dem positiven Entwurf der Kommission geboten wird, willkommen heißen und uns für denselben dankbar sein. Denn der gegenwärtige Zustand ist in der That nicht ohne Bedenken, und wenn die Herren den Kommissionsantrag zurückweisen, so thun sie dies meiner Ansicht nach nur in Verletzung der Wichtigkeit der Sache. Er gewährt Reichthum für Jedermann und volle Sicherheit einer solchen Redefreiheit, indem er das Gericht so komponiert, daß beide Ansichten zur Geltung kommen müssen, und überhaupt für ein exceptionelles Verhältniß ein besonderes Gericht konstituiert.

Auch dürfen wir die Aussicht nicht außer Acht lassen, daß der Reichstag in glücklicher Ausgleichung des Artikels 30 der Reichsverfassung und des Artikels 84 der Landesverfassung zur Stärkung seiner selbst ein solches Gericht bei sich einführt. Die konservative Partei hat gewiß nicht weniger Anlaß für die Redefreiheit zur Behauptung ihrer selbstständigen Stellung einzutreten, als die liberale Partei. Der Kommissionsentwurf wahrt dieselbe in genügendem Maße, und gerade, weil er das thut, wird er das ständische konstitutionelle Leben in hohem Maße befestigen und stärken.

Es wird darauf auf §. 1 namentlich abgestimmt, und derselbe mit 65 gegen 55 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmen die liberalen Mitglieder des Hauses, wie v. Bernuth, v. Gruner, Camphausen (Berlin), Hohenzollern, außer dem u. u. v. Kröcher, Graf zur Lippe, Graf Reventlow, Freiherr v. Rottkahl, v. Waldau-Heigenstein, Graf Wühl, Pfeiffer, Graf Eberhard zu Stolberg, zwei Polen; v. Daniels enthält sich der Stimme.

Da somit der Hauptparagraph des Gesetzes gefallen ist, zieht der Referent Namens der Kommission die übrigen Paragraphen zurück.

Es folgt der zweite Bericht der Justiz-Kommission über den Gesetzesentwurf, betreffend die Anstellung im höheren Justizdienst.

Der Referent Herr v. Daniels befürwortet die Annahme des Gesetzes nebst den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Änderungen. Nun ein vom Regierungskommissar in der Kommission als unannehmbar bezeichnetes, vom Abgeordnetenhaus aber trotzdem angenommenes Amendement zum §. 1, welches von der Gleichstellung der Qualifikation in den neuen und alten Provinzen die Fälle der Verlegungen im Wege der Disziplinarstrafe ausschließt, beantragt die Kommission abzulehnen.

Der Justizminister: Ich habe vielfach die Aeußerung vernommen, als wenn es sich hier um nichts weiter handelte, als dem Justizminister die Befugnis zu entziehen, einen Richter aus den neuen in die alten Provinzen zu versetzen. Wenn es sich nur darum handelte, so würde ich mich sehr gern bei dem Amendement beruhigen. Allein es handelt sich gar nicht um eine Erweiterung oder Verengung des Kreises, in dem die Verlegung vorzunehmen sei, es handelt sich vielmehr wesentlich darum, ob überhaupt eine Strafverlegung vorzunehmen sei, ob die Strafverlegung für die einzelnen Richter der einen Provinz gut genug und für die Richter einer anderen Provinz zu gut sei. (Der Minister geht nun auf die Bedeutung des Gesetzesentwurfes und die in demselben ausgesprochene Befugnis zur Strafverlegung näher ein und wiederholt die im anderen Hause von ihm gegen das Amendement geltend gemachten Gründe).

Herr v. Bernuth: Ich gebe zu, daß eine solche die Strafverlegung aus der Bestimmung nicht in das Gesetz gehört. Dennoch waren die Bedenken, die ich gegen eine Verlegung im Wege der Disziplinarstrafe überhaupt hatte, so groß, daß ich in der Kommission einen dem Amendement des Abgeordnetenhauses entsprechenden Antrag stellte. Derselbe wurde jedoch dort mit so großer Majorität verworfen, daß ich ihn hier nicht von Neuem wiederholen will, obwohl meine Bedenken nicht gehoben sind. Redner entwickelt hierauf seine Einwürfe gegen das System der Strafverlegungen in dem Disziplinarwesen, besonders unter dem Gesichtspunkte, daß es nicht der Richter sei, sondern nach dem dieser erkannt habe, die Justizverwaltung, durch deren Anordnung die erteilte Strafe ihre Bedeutung erhalte; daß also der Verurtheilte weit härter getroffen werden könne, als es der erkennende Richter vorausgesehen habe, zumal die Befugnis zur Verlegung mit der Vergrößerung der Monarchie eine wachsende Bedeutung erlangt habe.

Der Justizminister: Die Aeußerungen des Vorredners gingen alle darauf hinaus, ein Gesetz Behufs Reform des Gesetzes über die Strafverlegung herbeizuführen, daraus braucht es nicht. Von einem hannoverschen Richter wird eine Verlegung nach einem Kreisgericht einfach darum nicht stattfinden können, weil die Verlegung nur nach Gerichten von gleicher Stellung und gleichem Range zulässig ist.

Es wird darauf der Vorschlag des Abgeordnetenhauses zu §. 1 gestrichen, im Uebrigen das Gesetz unverändert angenommen.

Der Gefegentwurf, betreffend die Uebernahme einer Binsgarantie für die Eisenbahn von Gera über Saalfeld nach Eichicht (Berichterfatter Herr Körner) wird genehmigt.

Es folgen Petitionsberichte, die kein weiteres Interesse bieten.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. T. D.: 1) Entschädigung der deposti-
tierten Büchern; 2) hannoverscher Provinzialfonds.

Parlamentarische Nachrichten.

Der Kommissionsbericht des Herrenhauses über das Gesetz betreffend die Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen ist voran dem Herrenhaus vorgelesen worden. Referent ist Herr v. Kröcher. Die Kommission hat dem Gesetze sehr umfassende Änderungen gemacht, was schon aus der Vorrede an den öffentlichen Elementarschulen. Es ist nämlich aus dem Gesetze auf den Sektionsplan z. bezogen, und unter den allgemeinen Bestimmungen lediglich festgesetzt, daß jedes Kind vom vollendeten 6. bis 14. Lebensjahre einen geordneten Unterricht in der Religion und in den für das bürgerliche Leben notwendigen Kenntnissen erhalten soll, indem man die nähere Ausführung dieser Bestimmung dem Kultusminister überlassen will. Die Bestimmung des Regierungsentwurfs, wonach jede der betreffenden

Schulen in der Regel einen „konfessionellen“ Charakter haben soll, ist noch exakter gemacht worden durch den Zusatz: „einen christlichen“ und konfessionellen Charakter. Alle Beziehungen auf Volksschulen mit etwas erweitertem Lehrplan, die im Regierungsentwurf „Bürger-schulen“ genannt werden, sind herausgestrichen worden; in Folge dessen hat man im Gesetze auch überall den Ausdruck „Volksschulen“ in „Elementarschulen“ verwandelt. Die Bestimmungen über das Einkommen der Lehrer sind von der Kommission noch unbestimmt hingestellt worden, als sie der Regierungsentwurf festsetzte. So hieß es z. B. im Regierungsentwurf: „Den Lehrern soll überall ein ihrem Bildungsstande und den örtlichen Verhältnissen entsprechendes Einkommen gewährt werden“. Der Entwurf der Kommission streicht die Worte: „ihrem Bildungsstande entsprechend.“ Der Entwurf der Regierung bestimmt für Lehrer in Städten unter 10,000 Einwohnern außer freier Wohnung ein Minimalgehalt von 200 bis 250 Thlr.; der Entwurf der Kommission dagegen überläßt auch die Bestimmung der Minimalhöhe des Dienstlohns dem Lehrer für jede Provinz dem Provinziallandtag, vorbehaltlich der Bestätigung der Regierung. Auch mit Bezug auf die Unterhaltungspflicht der Schulen ist der Regierungsentwurf dahin abgeändert worden, daß man den Bezirksregierungen event. dem Oberpräsidenten eine noch weit höhere Befugnis zur Entscheidung hierüber überträgt. So viel steht fest, daß von den Grund-sätzen, welche vor einiger Zeit die hiesigen Lehrer als wünschenswert für ein solches Gesetz hinstellten, auch nicht ein einziger Beachtung gefunden hat.

Der Zweite Bericht über die 5 Millionen, welche die Regierung noch von der Kriessanleihe flüssig machen will, wird Mitte dieser Woche festgestellt werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 18. Februar.

Sitzung des statistischen Vereins zu Posen vom 11. Februar 1868. Es wurden einige neue Mitglieder nach der statutenmäßigen Abstimmung aufgenommen. Darauf hielt Herr Dr. Wagner seinen zweiten Vortrag über das von ihm kürzlich herausgegebene Werk „Das Klima von Posen“, worin er sich über den in der Schrift verfolgten Plan etwa folgendermaßen ausspricht:

Der Plan, der in dem vorliegenden Werke: „Das Klima von Posen, welches die Resultate 18 jähriger Beobachtungen auf der hiesigen Station enthält, verfolgt worden ist, war der, ein Grundgesetz zu suchen, von welchem alle meteorologischen Erscheinungen beherrscht werden. Dieses Gesetz fand ich in dem „Dove'schen Drehungsgefege der Winde“, nach welchem bei uns im Großen und Ganzen der Wind in der Art wechelt, daß Nord, Ost, Süd, West, und wiederum Nord auf einander folgen. Von jedem Winde hängt die Wärme, der Luftdruck, die Feuchtigkeit und der Niederschlag in eigenthümlicher Weise ab, er selber aber ist wiederum durch die Wärme bedingt. Hier zeigt sich somit ein ähnlicher Vorgang, wie bei den Naturkräften überhaupt, die als mechanische Kraft, Wärme, Electricität, Magnetismus u. s. w. in einander in der Art übergehen, daß die eine wohl in die andere sich umsetzen, keine Kraft aber verloren gehen kann, wonach die Kraft als unzerstörte, ewig erscheint. Es findet also in der Meteorologie auch ein Kreislauf der Erscheinungen statt, und es war fraglich, mit welchem Gliede der Kette der Anfang gemacht werden sollte. Ich entschied mich zunächst für die Wärme, weil die Wärmeverhältnisse einerseits das Klima am besten charakterisiren, und andererseits ohne vorhergehende Erörterungen leicht zu verstehen sind.

Nächst der Wärme forschte ich nach den Windgefehen, wie sie in der heißen, dann in der benachbarten subtropischen und schließlich in unserer gemäßigten Zone zur Erscheinung kommen, und zeigte die Eigenschaften des warmen dampfreichen Südrums und des kalten trockenen Nordrums, ließ dann die Veränderungen des Luftdrucks folgen, in welche ich die der Dampf-atmosphäre einschaltete, da die des Luftdrucks ohne die der Dampfspannung sich nicht erklären lassen, und gab darauf die Entstehung der Wolken, der Niederschläge und ihre Menge an. Endlich stellte ich, namentlich mit Rücksicht auf die Landwirthe, von welchen ich glaubte, daß sie sich vorzugsweise für den in meiner Schrift behandelten Stoff interessieren würden, die Erntebereiche für 1849—1866 zusammen und gab zum Schluß einen kurzen Abriss der Wetterregeln, die ich übersichtlich und sachgemäß einzutheilen versuchte und endete mit einer Barometer-tabelle, welche ich möglichst eng dem Durchschnitt der Erscheinungen bei uns anpaßte. Es enthält somit diese Schrift neben den für Posen speziell geltenden Beobachtungsergebnissen eine systematische Uebersicht über das Gesamtgebiet der Meteorologie.

Neben dem strengsystematischen Gange habe ich mein Hauptaugenmerk im Buche darauf gerichtet, den Leser in den Stand zu setzen, die Wetterberichte, die von den preussischen Stationen ausgehen, genau verstehen zu können. Man wird daher in dem Werke alle technischen Ausdrücke, alle Abkürzungen erklärt finden, und zwar nicht in der abstoßenden Art eines Wörterbuchs, sondern durch die allmähliche Entwicklung des Stoffes selbst. Ich hoffe durch die den einzelnen Kapiteln vorangeschickten Erklärungen jeden Gebildeten, dem auch die Witterungslehre bisher fern lag, dahin zu führen, daß er sich Rechenschaft über die hauptsächlichsten meteorologischen Erscheinungen geben und aus den telegraphischen und anderen Wetterberichten selber einen Schluß ziehen könnte.

Einigen wird diese Arbeit als Ausfüllung einer längst gefühlten Lücke erscheinen, bei Andern erst den Wunsch anregen, einen tieferen Blick in die meteorologischen Erscheinungen zu thun und eine Antwort auf manche Fragen, die hier nicht erledigt werden konnten, zu verlangen.

Bei der Wärme trat mir zuerst die Frage entgegen: sind die Beobachtungen eines einzigen Ortes wie Posen wohl für die ganze Provinz maßgebend, und es lag nahe, zunächst den Boden, auf dem die atmosphärische Kugelschale lagert, zu betrachten. Dieser Boden zeigte sich als ein Flachland mit vielen Brüchen und Seen bedeckt, die früher einen noch viel größeren Raum einnahmen, wofür alte polnische Schriftsteller, wie Dlugosz interessante Belege lieferten. Es ließ sich somit annehmen, daß die Wärme in der ganzen Provinz eine fast gleichmäßige sei; diese Annahmen bestätigte die Tab. 11 der Wärmeabweichung für Posen und die einiger um nahe liegenden Orte. (Pag. 42). Es zeigt, daß Bechen bei Bojanowo fast genau südlich von Posen nur um 0°18 im Jahre wärmer, das um 1/2 Grad nördlichere Bromberg dagegen um 0°22 kälter als Posen ist, daß also der Wärmeunterschied im Ganzen höchstens einen halben Grad für die Provinz beträgt. Die ganze Tabelle ergibt, daß die Jahreswärme in dem Landstrich zwischen Berlin und Warschau von 7°93 bis 5°92 abnimmt. Dabei beträgt der Unterschied des Sommers und Winters in Berlin 14°21, in Posen 15°68 und in Warschau etwa 17°22 Grad. Man sieht, daß auf diesem kleinen Gebiete sich der im Großen sich wiederholende Vorgang abspiegelt, daß nämlich auf dem asiatisch-europäischen Kontinente die Wärme von West nach Ost abnimmt und mit jedem Schritte nach Osten die Unterschiede zwischen der Sommer- und Winter-Temperatur wachsen. So hat das etwas nördlicher als Posen gelegene Dublin (Pag. 58) eine Jahreswärme von +7°29, Posen eine von +6°22, Irkutsk bei einer Meereshöhe von 1555', wodurch sich seine Wärme ungefähr um 2 Grad niedriger stellt, als wenn es im Niveau des Meeres läge, nur +4°27 Wärme. Der Unterschied des wärmsten und kältesten Monats beträgt für Dublin 7°88, für Posen 17°00, aber für Irkutsk 30°29. Dem entsprechend beträgt der Unterschied des Sommers und Winters für Dublin nur 6°91, für Posen 15°68, für Irkutsk 26°93. Es ist also in Irkutsk jeder Wintertag im Durchschnitt um 27° kälter, als ein Sommertag.

Tragt man, woher diese Begünstigung des westlichen Europa, an der auch wir Theil nehmen, so müssen wir sie in dem Einfluß des atlantischen Oceans, in der ausgedehnten Küstenentwicklung, in dem von Amerika herüberkommenden Golfstrom, der unsern Westküsten seine von den Tropen erwärmten Gewässer zuführt, vor Allem aber, wie Dove in seiner Verbreitung der Wärme über die Oberfläche der Erde überzeugend nachgewiesen hat, in dem Vorwalten der feuchten, warmen Seeluft suchen. Wertwärdig ist, daß, während man über den Ursprung des Golfstromes aus dem Busen von Mexiko, wofür man allerdings zunächst handgreifliche Beweise hat, einig ist, man unfern Südost, dessen Bahn fast dieselben Entstehungsgründe, wie die des Golfstromes hat, noch aus Afrika herkommen läßt. Noch kürzlich hat Dove in einer höchst interessanten Schrift „über Eiszeit, Böhn und Sirocco“ gegen den Schweizer Escher, von der Vint, seine schon lange ausgesprochene Ansicht vertheidigt, daß der Böhn der Schweiz der aus den oberen Schichten der Atmosphäre herabkommende warme und feuchte Wind ist.

Darauf weist der Vortragende an einer größeren Karte, die der dem Buche beigegebenen Karte der Isothermen von Posen nachgebildet war, nach, daß Posen an der in Bezug auf die Wärme bevorzugten Lage des westlichen Europas Theil nehme und daß die Resultate der Beobachtungen der Wärme und des Luftdrucks dafür sprechen, daß unsere Provinz mehr dem Westen als dem Osten Europas angehöre. Wunderbar sei die Verteilung der Wärme in Europa in den einzelnen Jahresabschnitten, so daß die Linie, welche die Orte, die im Juli gleiche Wärme mit Posen haben, ver-

bindet, auf der entsprechenden des Januar vollkommen senkrecht steht. Im Juli haben mit uns die Wasser des atlantischen Oceans in der Breite von Madrid, und das nördliche Borelow in Sibirien (im 64. Grade nördl. Breite) gleiche Wärme, im Januar das im hohen Norden liegende meerumflossene Island und das um volle 24 Grad südlichere Peking im kontinentalen Asien und Detroit in der nördlichen Nordamerika's, das mit Rom in gleicher Breite liegt. (Pag. 16.)

Den Schluß machte dann die Entwicklung des Drehungsgefehes der Winde, von dem die wissenschaftliche Wettervorhersage vorzugsweise abhängt.

Namhafte Fragen und Erörterungen schlossen sich an den Vortrag an. Auf die Frage des Wasserbau-Inspcctors Herrn Schuster: welche Folgerungen für den Gesundheitszustand der Bewohner von Posen sich aus den meteorologischen Beobachtungen ergeben, erklärte der Vortragende, daß Posen wahrscheinlich zu den gesundesten Städten der Monarchie zähle, daß der oft rasch erfolgende Witterungswechsel im Sommer hier eine wärmere Kleidung erforderlich mache, als in der Mark; daß aber für eingehende Schlüsse uns leider zur Zeit noch das Material fehle, und daß es eine der schönsten und bedeutendsten Aufgaben des Vereins sein würde, dahin zu wirken, daß nach dem Beispiel anderer großen Städte unsere Verzele zusammengetragen und etwa monatliche Berichte zusammenstellen, welche die Art der aufgetretenen Krankheiten, ihren Verlauf und die Zahl der Gestorbenen mit den wahren Todesursachen enthielten. Fragen von ärztlicher Seite, und wir dürfen dies von ihrem wissenschaftlichen Eifer mit Sicherheit erwarten, erst mehrjährige Beobachtungen geordnet vor, so würden sich aus der Vergleichung mit den Witterungsbeobachtungen gewiß nicht nur für die Aerzte, sondern für alle Bewohner Posens gleich wichtige Folgerungen ziehen lassen. Nur durch das ausdauernde Zusammenwirken aller Theilnehmenden seien hier ausreichende Resultate zu erzielen.

Der Gerichts-Asessor Hoppe von hier ist bis auf Weiteres zur Königl. Staats-Anwaltschaft nach Kiel kommittirt worden.

[Gerichtliche Entscheidung.] Eine Dame aus der Provinz, die seit Jahren von ihrem Ehegatten getrennt lebt und das ihr eigenthümlich gehörige Rittgut selbst verwaltet, wurde in neuester Zeit von einigen hiesigen Geschäftstreibern aus den von ihr gezeichneten Wechseln gerichtlich belangt. Die Klagen sind indeß von dem betreffenden Gerichte zurückgewiesen worden, weil eine Frau in Folge des Umfanges, daß sie von ihrem Manne getrennt lebt und meingleich Eigenthümerin eines Gutes, noch nicht die allgemeine Wechselfähigkeit besitze und ihre Befugnis, sich durch Verträge zu verpflichten, durch den Umfang der Verwaltung des Gutes und der Verwendungen für dasselbe beschränkt sei.

[Sur Warnung.] In voriger Woche erschien die Wittve eines im Jahre 1866 an der Cholera verstorbenen Handwerksgefehen bei einem der hiesigen Geistlichen und meldete den Tod ihrer fünfjährigen Tochter an. Der Todesfall wurde ins Kirchenbuch eingetragen und der Frau der Beerdigungsschein ausgestellt. Am Sonntag besuchte der Vormund des Kindes die Kirche und erlitt dort durch die kirchliche Ankündigung den Tod seines Mündels. Er eilte nach dem Gottesdienst sofort zu der betraubten Mutter und der erste Gegenstand, den er erblickt ist — das als todt angemeldete Mädchen, welches, wie er nun erfährt, allerdings an den Pöden erkrankt war, dieselben aber glücklich überstanden hat und sich gesund und wohl befindet. Die gewissenlose Mutter aber bettelt auf Grund des ihr erteilten Beerdigungsscheines. Der Fall ist der Polizei angezeigt worden. Es sei hierbei bemerkt, daß Beerdigungsscheine nicht selten zum Betteln gemißbraucht werden. Es ist dies um so unerantwortlicher, als jede Person, deren Angehörige notorisch außer Stande sind, das Begräbniß zu besorgen, auf Kosten der Stadt-Verwaltung ganz unentgeltlich beerdigt wird. Es liegt demnach nicht die geringste Veranlassung vor, zum Zweck der Beerdigung Almosen zu verabreichen.

Gräz, den 17. Januar. [Kirchliches.] Am 14. 15. und 16. d. M. fand in der hiesigen katholischen Pfarre der dreitägige Gottesdienst für die bedrängte katholische Kirche in Ausland statt. Es wurden täglich mehrere polnische und eine deutsche Predigt gehalten. Hunderte von Menschen drängten sich zu den Beichtstühlen und trotzdem viele Geistliche der Umgegend von früh Morgens bis spät in die Nacht angestrengt Beichte hörten, mußte doch Mancher, der so lange nicht warten konnte, ohne den geistlichen Trost nach Hause gehen.

Nach einer Anordnung des erzbischöflichen Konvikts zu Posen wird für die deutschpredigenden Katholiken jetzt täglich in der Klosterkirche Messe und an allen Sonn- und Feiertagen Messe und deutsche Predigt gehalten.

Unser Probst, Herr Dr. v. Prusimowski befindet sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit noch immer in der Maison de Santé des Sanitätsraths Dr. Kewinlein in Berlin.

Raschkow, 15. Februar. [Aufgefundener Leichnam; Nichtbestätigung.] Am vergangenen Dienstag Morgen wurde in einem Graben auf dem Territorium Pogrybow der Leichnam eines ca. 40 Jahre alten Mannes gefunden. Der aus dem nahen Dorfe P. herbeigerufene Schulze erkannte in dem Verbliebenen den Auszügler Valentin Dreifonst aus Pogrybow, welcher noch Tags vorher kerngesund gesehen worden. D. — ein Verehrer des Brandweinglases — war nämlich Montag noch spät Nachmittags, nachdem er vom Wochenmarkte in Dytowo mit gefüllter Börse für veräußertes Schnapz-vieh nach Hause zurückgekehrt, in eine hiesige Schänke gekommen, um für die gebabten Strapazen seinem Lieblingsstudium, dem Schnapz zu fröhnen. Gehörig angeheitert begab er sich in der zehnten Abendstunde auf den Heimweg; der Sturm wüthete furchtbar und massenhaft fiel Schnee. D. soll am frühen Morgen mit dem Kopfe, das Gesicht nach unten, in dem nur wenige Zoll tief angefallenen Graben, die Füße auf dem Ufer liegend, angetroffen worden sein. Als wahrscheinlich dürfte angenommen werden, daß D. von der über dem Graben liegenden Bohle abgeglitten und in den Graben gefallen, ohne sich daraus im Raume herauszulesen zu können. — Die in Nummer 287 (Jahrgang 1867) dieser Zeitung beregte Wahl von Repräsentanten der hiesigen evangelischen Muttergemeinde ist von der k. Regierung nicht bestätigt und deshalb eine Neuwahl auf den 31. März a. c. anberaumt worden.

Schwerin a. M., 16. Februar. [Geselligkeitsverein; zur Nothfrage.] Die seit 10 Jahren hier bestehende „Niedertafel“, deren Zweck neben geselligen Vergnügungen hauptsächlich die Pflege des vierstimmigen deutschen Männergesanges war, hat sich der größten Wehrzahl ihrer passiven Mitglieder und dem Mangel an geeigneten Sangeskräften mit Beginn dieses Jahres zu einem „Geselligkeitsverein“ konstituiert, der sich zur Aufgabe gestellt, durch belebende Vorträge, kleine Theateraufführungen, Darstellung lebender Bilder, musikalische Einzelvorträge, Tanz u. s. w. seine Mitglieder zu unterhalten.

Rückfichtlich der Noth, die in der That auch bei uns immer größer wird, und namentlich in dem unweit von hier belegenen Dorfe Lipppe in Folge der Ueberfluthung einen sehr hohen Grad erreicht hat, beschloß der Verein in der letzten Generalversammlung, für dies Jahr auf den kassipieligen Maskenball zu verzichten, dafür aber an jene Nothleidenden vom Januar bis Juli aus der Vereinskasse monatlich 3 Thaler zu zahlen, und zu demselben Zwecke durch den Rentanten von jedem Mitgliede unbedingte der übrigen Leistungen freier Liebesgaben, monatlich ein 1 Sgr. erheben zu lassen. Wenn jeder Verein in dieser Weise zur Steuung der Noth sein Scherflein beitrüge, es dürfte eine erkleckliche Summe herauskommen.

Wollstein, 13. Februar. [Städtische Sparkasse; Kreis-Kommunales.] Die hiesigen städtischen Behörden haben sich, um den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen, veranlaßt gesehen, wesentliche Veränderungen im Statut der städtischen Sparkasse zu machen. So lautet jetzt der §. 16 des Statuts: Die Sparkasse verzinst die bei ihr angelegten Summen mit fünf vom Hundert, also den Thaler jährlich mit 1 1/2 Sgr. Nach den bisherigen Bestimmungen hat die Sparkasse die bei ihr angelegten Summen nur mit 3 1/3 Prozent, also den Thaler nur mit 1 Sgr., verzinst. Der §. 22 lautet jetzt: Werden die Fonds der Sparkasse gegen Wechsel ausgeliehen, so sind 6 1/2 pCt. Zinsen zu entrichten, für die auf hypothekalen ausgeliehenen Kapitalien sind dagegen nun 6 pCt. zu zahlen. Bis jetzt wurden in beiden genannten Fällen nur 5 pCt. gezahlt. Der §. 29 lautet jetzt: Von den Ueberschüssen, welche die Kasse gewinnt, erhalten die bedürftigen Sparkassen-Interessenten, namentlich Handwerker ohne Gefellen und nicht selbstständige Handwerksarbeiter, Tagelöhner und Dienstboten, sofern sie drei volle Jahre der Sparkasse angehört haben, eine Prämie von 15 pCt. des Nettogewinns, nach Verhältniß der hiernach participirenden Einlagen. Nach dem bisherigen §. 29 verblieben etwaige Ueberschüsse, welche die Sparkasse gewinnt und die zu den Verwaltungskosten nicht gebraucht werden, der Sparkasse und wurden so lange jinsbar angelegt, bis sich ein hinreichendes Kapital gebildet hatte, um etwaige Verluste des Fonds zu decken und die Verpflichtungen der Einleger zu erfüllen, ohne daß es nöthig sei, die allgemeine Vertretung der Stadtgemeinde in Anspruch zu nehmen.

Der hiesige Kreis hat pro 1868 an Kreis-Kommunal- und Kreis-Kaufsch-Beiträgen 25,391 Thlr. aufzubringen. Diese Summe ist zufolge des bestätigten Kreisratsbeschlusses vom 22. August v. S. verteilt nach dem Grundbesitzer-Reinertrag mit 11,830 Thlr., nach der Klassensteuer ebenfalls mit 11,830 Thlr. und nach der Seelenzahl mit 1731 Thlr. Die 7 Städte des Kreises haben

3650 Zhlr. 12 Sgr. 5 Pf., die Dominien 6,747 Zhlr 13 Sgr. 7 Pf. und die Landgemeinden 14,993 Zhlr. 14 Sgr. aufzubringen.

Aus der Provinz. Ueber den Besuch der höheren Lehr-Anstalten durch jüdische Schüler, vorzüglich in Rücksicht auf unsere Provinz. Das Normalblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen bringt eine General-Uebersicht über die Frequenz der Gymnasien, der Realschulen und der höheren Bürgerschulen und der mit denselben organisch verbundenen Vorschulen während des Sommer-Semesters 1866.

Nach den Tabellen des kgl. preuß. statistischen Bureaus, in dessen Zeitschrift Jahrgang 1866 und zwar nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1864 ist in der Provinz Posen der Jude der 22., auf den Gymnasien aber (667 unter 3399) ist er schon der 5. und ganz ebenso auf den Realschulen (364 unter 1716).

In eben diesem Verhältnisse, ja in manchen Provinzen in einem viel vortheilhafteren zeigt sich die Frequenz in allen Provinzen. Nach den genannten Quellen bewohnen z. B. den preussischen Staat damals (also zur Zeit vor der Annexion) unter 19,254,649 Seelen 260,756 Juden. Es war demnach der 73. Mensch jüdischer Konfession. Hiernach mußte bei gleichmäßiger Frequenz der höheren Lehranstalten seitens der Bevölkerung von allen Konfessionen der 73. Schüler jüdischer Religion sein. Wie war nun das wirkliche Verhältniß? In den Gymnasien befanden sich 47,178 Schüler, darunter 3858 Juden. Demnach war schon der 12. Schüler Jude, also gab es 6 mal mehr jüdische Schüler auf den Gymnasien als nach der Bevölkerung auf die Juden kamen. Die Vorschulen der Gymnasien wurden von 5160 Schülern besucht, darunter 612 Juden, folglich schon der 8. Schüler ein Jude. Auf den Progymnasien befanden sich 2071 Schüler, darunter 103 Juden, so daß nur der 20. Schüler Jude war, und auf den Vorschulen zu diesen waren unter 154 Schülern 6 Juden, also der 25. Schüler Jude.

Es ergibt sich hieraus, daß das Verhältniß der jüdischen Schüler mit der Höhe der Bildungsanstalten wächst, ein Umstand, der auch durch die folgenden Angaben erhärtet wird. — Denn auf den Realschulen erster Ordnung befanden sich unter 18,208 Schülern 1696 Juden, so daß also schon der 10. Schüler ein Jude war, und auf den Vorschulen zu diesen unter 3404 Schülern 276 Juden, also der 12. Schüler. Weiterhin auf den Realschulen zweiter Ordnung unter 1917 Schülern 160 Juden, also der 12. Schüler, und auf den Vorschulen zu diesen unter 404 Schülern 22 Juden, also der 18. Schüler. Dagegen wurden die „höheren Bürgerschulen“ von 3132 Schülern besucht, darunter 187 Juden, also der 17., und die Vorschulen zu diesen von 806 Schülern, darunter 32 Juden, also der 25. Schüler ein Jude. — Die Gesamtschülerzahl auf allen diesen Lehranstalten war demnach 82,434, und darunter 6952 Juden. Es war also der 12. Schüler ein Jude, folglich sechs mal so viel Juden als Christen nach Verhältniß der Bevölkerung. Am günstigsten stellt sich dieses Verhältniß in Schlesien auf den Gymnasien, wo 11 mal und in der Provinz Sachsen auf den Realschulen heraus, wo 8 mal mehr jüdische als christliche Schüler sich verhältnismäßig befinden. Am wenigsten günstig in Westfalen, wo auf den Gymnasien nur 3 mal, auf den Realschulen 6, 1 mal mehr jüdische als christliche Schüler sind, und zwar in letzterer Provinz darum, weil dort die jüdischen Elementarschulen sich in blühendem Zustande befinden.

Dieses außergewöhnlich günstige Verhältniß, in welchem die Gymnasien, Real- und höheren Bürgerschulen von jüdischen Schülern besucht werden, so

daß proportionirlich fünf bis sechs Mal so viel Judenkinder jene höheren Schulen besuchen als Christenkinder, zeigt zunächst faktisch, daß die gesammte jüdische Bevölkerung nicht bloß theoretisch das volle Recht auf Gleichberechtigung besaß, sondern auch durch ihren Geist, ihre Richtung, ihren Bildungsgang (bedenken wir noch, daß diese jetzt noch von manchen Bränden ausgeholfen, und in manchen sehr wenig, fast gar nicht berücksichtigt wird) den unbedingten Anspruch darauf hatte. Daß eine große Masse ihre Kinder verhältnismäßig vorwiegend in die höheren und höchsten Lehranstalten schickte, erweist, theils daß sie für ihre Kinder das Bedürfnis nach dieser höheren Bildung in ungewöhnlichem Grade empfand, erweist andererseits, daß diese Masse durchaus nicht die Tendenz sich zu separiren und zu isoliren hat, sondern gerade trotz ihres zähen Festhaltens an ihren religiösen Institutionen an der allgemeinen und höheren Bildung, an deren Erwerbungen und Erfolgen, an deren Arbeiten und Berufen theilnehmen, in sie aufgehen will. Auch geht daraus hervor, daß die Juden ihre für den Handelsstand bestimmten Söhne einer höheren Bildung theilhaftig machen lassen, wodurch selbstverständlich sowohl die Individuen als der ganze Stand eine höhere Stufe einnehmen, einen bedeutenderen Aufschwung erhalten.

Bei der unverhältnismäßig großen Theilnahme der jüdischen Schüler an den Gymnasien und den übrigen hohen Lehranstalten fällt die Ungerechtigkeit doppelt auf, daß von Staats Seite für den Religionsunterricht der jüdischen Schüler gar nicht gesorgt, dieser vielmehr gänzlich ignorirt wird, während er für die evangelischen und katholischen Schüler hergestellt und obligatorisch ist. Ist der Religionsunterricht der Gymnasien und der anderen höheren Lehranstalten eine pflichtmäßige Fürsorge der Anstalt, welche die Organisation der Schule anzuordnen und deren Organe zu bezeichnen hat, warum nicht auch für die jüdischen Schüler. Bedürfen diese keiner religiösen Bildung? Oder will man sie religiös verkommen lassen, um sie auf dem Gebiete der Religion bestimmten Zwecken halber ganz indifferent zu machen? So etwas rächt sich nach allen Seiten hin. Denn allerdings ist es unsere Ueberzeugung, daß in der großen Masse die jüdischen Eltern mehr Sorge für die religiöse Bildung ihrer Kinder tragen, als die christlichen. Dies wird durch die großen Opfer bewiesen, die jene dafür bringen. Aber in völlig genügender Masse findet dies doch nicht statt, und was die Hauptsache ist, dem besten Willen fehlt hier oft die Gelegenheit. Dies ist ein Tropfen Bitterkeit in den Becher angenehmen Trankes, welchen obige Berechnung uns reicht.

Sammlung für Ostpreußen.

An Beiträgen für die Nothleidenden in Ostpreußen gingen uns ferner zu: Die Sammlung des kleinen Hugo aus Dufz, bestehend in 3 Zhlr. 4 Sgr. 9 Pf., die Sammlung des Pastor Schiffmann von seinen Konfirmanden und Schülern, best. in 2 Zhlr. 24 Sgr., die Sammlung des Fräul. Fiesch, best. in 19 Sgr. 2 Pf., von den Schülern der jüd. Schule in Weichen 2 Zhlr. 5 Sgr. 3 Pf. Die Expedition dieser Zeitung.

In Dresden besteht seit zehn Jahren eine **Theaterschule**, welche auf bedeutende Erfolge hinzuweisen hat und in dem seinen Zöglingen eröffneten Besuch des königlichen Hoftheaters den Vortheil bietet, daß dem Unterrichte das Anschauen tüchtiger Muster zu Hilfe kommt. (Vergl. d. Inserat.)

Angelommene Fremde

vom 18. Februar.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer Kubicki und die Gutsbesitzer Wialowski aus Berlin und Frau v. Lufzowska aus Siedlegosc, die Kaufleute Wierdas aus Grätz und Wajowski aus Gnesen, Fräul. Dębina aus Wola, Wirthschafts-Chef Smarzynski aus Schwalfow, Bankwirth Bownitzki aus Koszow, Hauslehrer Kratowski aus Blosce, Wäghlenmeister Kapler aus Pieschanin, Partikulier Pagés aus Rogaleni, Gutsverwalter Neumann aus Gora.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Rogalinski aus Grelwice, v. Jafinski aus Bytawowice, Materne aus Schwalfow, Graf v. Radolinski aus Jarocin, v. Rogalinski aus Retowo und Schenmann aus Slupia, die Kaufleute Lütgen aus Königsberg, Scheffer aus Berlin, Borchard aus Magdeburg, Meier aus Berlin und Ballenberg aus Magdeburg, Rentier Cimier aus Genthin, Partikulier Hornemann aus Berlin, Rittmeister v. Salszewski aus Sagan, Rentier Haase aus Leipzig.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Munk aus Berlin, Cohn aus Pelsen und Dobiesewski aus Trzemeszno, Landwirth v. Wetze aus Samter, Geistlicher Beigt aus Hingendorf, Gutsbesitzer Romantowski aus Piaski, Apotheker Börner aus Potsdam, Rentant Laufwitz aus Emmenow, Oberamtmann Hödmann aus Głowno.

NYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer v. Bojanowski aus Krękatowice und Funk aus Koscizna, Dr. Schellenberg aus Berlin, die Gutsbesitzer v. Winterfeld aus Koszow, v. Unruh aus Lagiewice und Pegel aus Großdors, Rechtsanwalt Schag aus Kosen, die Kaufleute Borch aus Goleadow, Engelle aus Stettin und Bab aus Stettin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Winiński aus Czarnowow, v. Stabilewski aus Słachcin, v. Stabilewski aus Jalesin und v. Kaszynski aus Grabowo, Rentier v. Raitowski aus Koszow, Probst Lominski a. Dembice, Gutsbesitzer Molinet nebst Frau a. Dabow.

OREMIS' HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Gembowski aus Solec, v. Radonski nebst Familie aus Kreslice, v. Brodnicki nebst Frau aus Dębiński, v. Pulanski aus Polen, Schmidt nebst Frau aus Chargewo, v. Jaraczewski aus Lipno und v. Wiedell aus Białob.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer Graf Tychewicz aus Solec.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Poppe aus Leipzig, Buch aus Lohr, Wagner aus Berlin und Kayser aus Bronke, die Rittergutsbesitzer Morawski aus Budslowet und v. Chelmicki aus Gosciewo, Probst Sadowski aus Siedlemin, Fabrik-Direktor Samberger aus Salszewo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Winiński aus Chraplewo, Moszczynski aus Stempuchowo und Trzecieki aus Krafau.

HOTEL DE PARIS. Abgeordneter Kantat aus Berlin.

DREI LILLEN. Gutsbesitzer Buße aus Sierafomsko, Gutsächter Schorsch aus Bologowko, Kupfermeister Pilsch aus Trzemeszno.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Rothmann und Frau Berger aus Samter, Landes- und Wogrowitz und Danilewicz aus Berlin, Gutsbesitzer Teichfeld aus Kolo.

EICHENBERG BORN. Die Kaufleute Lippmann aus Moschin, Bibo und Kuczynski aus Wittowo, Handelsmann Mosjes aus Winst.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das Abraupen der Bäume betreffend. Mit Geldbuße bis zu 20 Thalern wird bestraft, wer im Frühjahr das rechtzeitige Abraupen der Bäume unterläßt. (§ 347 Nr. 1. des Strafgesetzbuches). Unter Hinweis auf diese Verordnung werden

Bekanntmachung.

Auf Grund der Beschlüsse beider städtischen Kollegien ist der Tarif zur Veranlagung der städtischen Einkommensteuer für die hiesige Stadt neu aufgestellt worden, und wird derselbe, nach erfolgter Bestätigung Seitens der königlichen Regierung, hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. **Posen, den 13. Februar 1868.** Der Magistrat.

Tarif

zur Veranlagung der kommunal-Einkommensteuer im Stadtbezirk Posen.

1) Von einem Einkommen von	100 bis	150 Zhlr. incl.	1 Zhlr.
2) do.	150	200	1
3) do.	200	250	3
4) do.	250	300	4
5) do.	300	350	5
6) do.	350	400	6
7) do.	400	500	7
8) do.	500	600	9
9) do.	600	700	12
10) do.	700	800	15
11) do.	800	900	18
12) do.	900	1000	24
13) do.	1000	1200	30
14) do.	1200	1400	42
15) do.	1400	1600	48
16) do.	1600	2000	60
17) do.	2000	2400	78
18) do.	2400	2800	99
19) do.	2800	3200	120
20) do.	3200	3600	141
21) do.	3600	4000	162
22) do.	4000	4800	180
23) do.	4800	6000	216
24) do.	6000	7200	270
25) do.	7200	9600	324
26) do.	9600	12,000	432
27) do.	12,000	16,000	540
28) do.	16,000	20,000	720
29) do.	20,000	24,000	900
30) do.	24,000	32,000	1080
31) do.	32,000	40,000	1440
32) do.	40,000	52,000	1800
33) do.	52,000	64,000	2340
34) do.	64,000	80,000	2880
35) do.	80,000	100,000	3600

und jedes fernere Einkommen von 20,000 Zhlr. mit 4 1/2 %., gemäß §. 20. sub 18. ff. des Gesetzes vom 1. Mai 1851.

Posen, den 25. Januar 1868.

Der Magistrat.

Posen, den 4. Februar 1868.

Vorstehender Klassifikationstarif wird unter Aufhebung der bisherigen Tarife vom 3. April 1862 Nr. 2999 f. 1. und 19. Juli 1864 Nr. 2810 f. 1. von Aufschwungswegen hierdurch bestätigt.

Königliche Regierung.
Abtheilung des Innern.

Bestätigung Nr. 3020 f. 1. I.

Handels-Register.

Folgende Firmen:
Nr. 483. die Firma **Seimann Morat**, Nr. 288. die Firma **Adolph Scherwin**, beide zu Posen, sind erloschen und in unserm Firmenregister gelöscht;
dagegen ist in dasselbe heute eingetragen unter Nr. 994. die Firma **Mannheim Wolffsohn** zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann **Mannheim Wolffsohn** daselbst.
Posen, den 12. Februar 1868.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Handels-Register.

Der Kaufmann **Seimann Marcus** zu Posen hat für sein in Posen unter der Firma **Seimann Marcus** bestehendes und im Firmenregister unter Nr. 417 eingetragenes Handelsgeschäft, seinem Sohne **Joseph Marcus** zu Posen Procura erteilt.
Dies ist heute in unser Prokuren-Register unter Nr. 103. eingetragen.

Posen, den 12. Februar 1868.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 8. Februar 1868 Nachmittags 6 Uhr.
Ueber das Vermögen der Kaufmann **Proskawski** zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-Einstellung auf den 16. Januar 1868 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Herr **Georg Rosenkranz** zu Posen bestellt. Die Gläubiger der Gemeinschuldnerin werden aufgefordert, in dem

auf den 22. Februar d. J.

Vormittags 11 Uhr vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath **Gaebler**, im Gerichtszimmer inberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von der Gemeinschuldnerin etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihr etwas verschulden, wird auf gegeben, nichts an dieselbe zu verahsorgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 2. März c. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger der Gemeinschuldnerin haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen. Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis

zum 10. März c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 21. März d. J.

Vormittags 11 Uhr vor dem obgenannten Kommissar zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anmelden. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, wird der Justizrath **V. Schuch** und die Rechtsanwälte **Pilet, v. Grabowski, Bertheim** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Freiwilliger Verkauf.

Königl. Kreisgericht. II Abtheilung.
Schrimm, den 10. Januar 1868.
Das den Schiffer **Valentin Galewski** alias **Galewski** Erben gehörige Grundstück **Schrimm Nr. 139 B.**, abgetheilt auf 32 Zhlr., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in dem II. Geschäftsbureau einzuweisenden Tage, soll auf den Antrag der genannten Erben und des Vormundschafts-Gerichts derselben Theilung halber freiwillig

am 20. März c.

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Lubasz** sub Nr. 44. belegene, den **Franz Czerwinski** fidei committenten gehörige Grundstück, auf welchem die Schenkungsgerechtigkeit ruht, gerichtlich abgeschätzt auf 6544 Zhlr. 11 Sgr. 10 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Tage, soll im Versteigerungstermine

am 16. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Alle unbekannten Real-Pfandrenten werden aufgegeben, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheide nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden. Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger **Gesamter Johann und Catharina Kinoski** werden hierzu öffentlich vorgeladen. **Garnitzau**, den 23. Januar 1868.

Kgl. Kreis-Gerichts-Kommission I. Kröl. Komissa Sađu powiatowego.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.
Posen, den 1. Januar 1868.

Das dem **Georg Ewert** gehörige, in dem Dorfe **Dehagora** unter Nr. 50. belegene Grundstück, abgeschätzt auf 6775 Zhlr. 12 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 7. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheide nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die unbekannten Erben oder Rechtsnachfolger:
a) der Witte **Marianna Witolajczak**, geborenen **Górczyk**, zuerst verheiratheten **Gódersta** aus **Dehagora**,
b) des Kammerdieners **Anton Wasinski** zuletzt in **Czerwiej** wohnhaft, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Posen, den 1. Januar 1868.

Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen.

Die Aktionäre unserer Bank haben wir hiermit in Gemäßheit § 3. des Statuts zu der diesjährigen, ordentlichen General-Versammlung auf

Montag den 16. März c.

im Bankgebäude, Friedrichstraße Nr. 17., eingeladen.

Die Einlaß- und Stimmlisten können von den, gemäß §. 36. des Statuts berechtigten Aktionären am 12., 13. und 14. März c. in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr im Bank-locale in Empfang genommen werden. Gegenstände der Verhandlung sind:

- 1) Der Bericht über die Lage des Geschäfts und die Resultate des verflossenen Jahres.
- 2) Die Wahl dreier Kommissarien zur Prüfung der Bilanz mit den Büchern und Skripturen der Gesellschaft und Ertheilung der Decharge für die Direktion nach richtigem Befunde.
- 3) Die den Verwaltungsvorständen zu ertheilende General-Decharge für die abgelaufene zehnjährige Geschäftsperiode.

Posen, den 15. Februar 1868.

Die Direktion.

Hll.

Sprzedaż konieczna.

Grunt w wsi **Lubasz** pod Nr. 44., do **Franciszka Czerwinski** należący, na którym prawo szynku zabiegane, oszacowany na 6544 zł. 11 sgr. 10 f. wedle tary, mogącej być przynajmniej z wykazem hipotecznym w registraturze, ma być w terminie licytacyi na

dnia 16. Września 1868.

przed południem o godzinie 11. w miejscu posiadzeń zwykłych sprzedany. Wszyscy niewiadomi pretendenci realni wzywają się, ażeby się pod uniknieniem prekluzji zgłosili najpóźniej w terminie oznaczonym.

Wierzyciele, którzy względem pretensyj realnej, z księgi hipotecznej się nie wykazują, zsummykupa zaspokojonemibyc chęć, winni się z wnioskami swemi do nas zgłosić. Niewiadomi z pobytu wierzyciele **Jan Kalaczyna** rodzeństwa **Kinoski** zapozwają się niniejszym publicznie. **Czarnków**, dnia 23. Stycznia 1868.

Kröl. Komissa Sađu powiatowego.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Krotoschin.
Erste Abtheilung.

Das den Kaufmann **Mannheim** und **Walchen Rakewellenbogen** fidei committenten gehörige in **Krotoschin**, an der Ecke des Ringes und der Bismarckstraße sub Nr. 92. Sgr. Nr. 421. belegene zweistöckige massive Wohnhaus nebst Zubehör, abgeschätzt auf 6874 Zhlr. 22 Sgr. 6 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 20. Mai 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheide nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Krotoschin, den 25. Oktober 1867.

W. Księstwa Poznańskiego.

Akcyonariuszów naszego banku zapraszamy niniejszym w moc §. 35. statutu na zwykłe towarzyskie walne zgromadzenie

w dniu 16. Marca r. b.

w banku przy ulicy Fryderyka pod Nr. 17. Bilety wejścia i do głosowania mogą być do §. 36. statutu odebrać akcyonariusze do 14. Marca r. b. w godzinach przedpołudniowych od 9-1 w lokalu bankowym.

Porządek dzienny obejmuje:
1) Sprawozdanie rady administracyjnej względem położenia interesów w poprzednim roku i względem wypadku zeszłego roku w szczególności.
2) Wybór trzech komisarzy do zbadania bilansu z księgi i pismami towarzyszącymi i do skwitowania dyrekcyi po sprawozdaniu.
3) Pokwitowanie udzielić się mającym radom administracyjnym za przeciąg dziesięcioletniej administracji.

Poznań, dnia 15. Lutego 1868.

Dyrekcya.

Hll.

(Beilage.)

Ausführung von Bauten und Bau-Reparaturen.

* Zur Ausführung verschiedener Bauten und Reparaturen an Windmühlensystemen für den Sommer 1868 und zwar:

- a) auf dem hiesigen Oberförster-Etablissement für die Anschlags-Summe von 315 Thlr.
- b) auf der Försterei Neihelug incl. des Holzes für 131 Thlr. 3 Sgr.
- c) auf der Försterei Radzim excl. des Holzes für 122 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf.
- d) auf dem Forst-Etablissement Döbna.

Theaterschule.

Dresden, Landhausstr. 6. Neuer Kursus (praktisch und theoretisch) für Sänger und Schauspieler am 1. April d. J. Honorar: voller Kursus 62 Thlr., zwei Unterrichtsstunden 30 Thlr. halbjährlich. Lehrpläne gratis und jede Auskunft durch Direktor **Pudor**.

Conservatorium für Musik.

Dresden, Landhausstr. 6. Neuer Kursus am 1. April d. J. in allen praktischen und theoretischen Zweigen der Musik, Gesang, Clavier, alle Streich- und Blasinstrumente, Ensemble-Übungen, Composition, Musikpädagogik (für Clavier-Lehrer), (Musikwissenschaft etc.) erteilt von den bedeutendsten Künstlern der Hofkapelle und Residenz, unter artistischer Oberleitung des Hofkapellmeisters **Dr. Rietz**. Honorar, voller Kursus 50 Thlr., zwei Unterrichtsstunden 30 Thlr. halbjährlich. Lehrpläne gratis und jede Auskunft durch Direktor **Pudor**.

Auktion.

Mittwoch den 19. d. M. früh 10 Uhr werde ich am Kanonenplatze ein militärisches Pferd, Mutterstute, öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Manheimer. k. Aukt.-Komm.

Nur bis Sonnabend d. 22. d. M.!

Ohne Messer,

Plaster oder Negmittel entferne ich sofort und durchaus schmerzlos Säbneraugen, Ballen und Froschleiden, Nasenkrankheiten in allen Stadien, Warzen etc. etc. und bin täglich von 10 bis 6 Uhr zu konsultieren.

Arzt Dr. Elisabeth Kessler, z. B. „Mylius Hotel de Dresde“.

Die Besitzerin des Grundstücks **Graben Nr. 5**, welches aus einer Hof- und Baufelle und einer Holzablage an der Warthe, die letztere 1 Morgen 51 □ Ruthen groß, besteht, beabsichtigt dieses Grundstück zu verkaufen.

Zu diesem Zwecke nehme ich im Termine am 9. März d. J. Nachmittags 3 Uhr,

welchen ich in meinem Bureau zur Versteigerung des Grundstückes anberaumt habe, sowie vor diesem Termine Gebote an.

Situationsplan und Hypothekenschein können bei mir eingesehen werden.

Posen, den 29. Januar 1868.

Dachhorn, Rechtsanwalt und Notar.

Auch in diesem Jahre werde ich den Herren **Gutsbesitzern**, welche ihr Besitzthum verkaufen wollen, **zahlungsfähige Käufer** zuführen und ersuche daher diejenigen, welche mir noch keine Anschläge eingeleitet haben, dieselben vertrauensvoll bald zukommen zu lassen.

Posen, im Februar 1868.

Ehrhardt, k. pens. Rechnungsrath.

Die beiden hieselbst am alten Markte gelegenen, zum Nachlasse des Destillateurs **Peter Paul Hubert** gehörigen Hausgrundstücke Altstadt Nr. 10. und 11. sollen einzeln oder auch zusammen aus freier Hand verkauft werden.

Kauflustige werden ersucht, ihre Gebote an den unterzeichneten Bevollmächtigten der Hubertischen Erben entweder schriftlich oder mündlich in dessen Bureau in den Nachmittagsstunden abzugeben, wo zugleich genaue Auskunft über den Hypotheken-Zustand der beiden Grundstücke erteilt werden kann.

Posen, den 31. Januar 1868.

Der Justiz-Rath **Tschuschke.**

Krankheits halber wünsche ich, mein in **Bongrowie** am Markte gelegenes Grundstück, auf dem seit einer Reihe von Jahren eine Gastwirtschaft und Bäckerei mit gutem Erfolge betrieben worden, sofort unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Wittwe Buschke.

Meine hieselbst gelegene, aus 150 Mrg. best. Ackerwirtschaft beabsichtige ich theilungshalber nach der Einteilung parzellenweise zu verkaufen.

Näheres durch mich oder meinen Sohn **Schwerfenz**, den 17. Februar 1868.

Carl Hundt's Wittwe.

Reparaturen am Wohnhause, an der Scheune und am Stallgebäude incl. des Hofes für 53 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. habe ich am Donnerstag den 27. Februar c. von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in der hiesigen Registratur einen Termin anberaumt, zu welchem qualifizierte und sichere Unternehmer hiermit eingeladen werden, mit dem Bemerkten, daß die speziellen Anschläge über die einzelnen Baulichkeiten und Reparaturen hier in den Dienststunden eingesehen werden können.

Castelle, den 28. Januar 1868.

Der Königliche Oberförster **Stahr.**

Die Gastwirtschaft nebst Windmühle ist in Bargowo bei Kosieltica von St. George d. J. zu verpachten.

Nähere Auskunft erteilt das Dominium Bargowo.

50 Schock Apfel- und Birnbäumchen

in vorzüglichen Sorten, auch Bienenkörbe und verschiedene leere, nach der neuesten Konstruktion hergestellte Bienenkörbe hat zu billigen Preisen zum Verkauf **A. Vogt**, Lehrer in Zbrudzewo bei Schrimm, dicht an der Chaussee.

Blumen-Bouquets, Kränze etc. sowie auch blühende Topfgewächse empfiehlt zu billigen Preisen **Albert Krause,** Kunst- und Handelsgärtner, Schützenstr. 13/14, unweit der Segelschiffen Fabrik.

Zuchtvieh-Auktion.

Aus den Zuchten der Ständauer Güter sollen ca. 20 tragende Stuten, von der holl. u. nen die Mehrzahl im Juni kalbt, 10-12 Bullen, bis 1 1/2 Jahr alt, Race, eine Partie junger Schweine größter engl. Rassen, meistbietend verkauft werden.

Der Verkaufstermin findet am 1. Mai c. Mittags 12 Uhr im Vorwerk Sandgarben, nahe der Stadt Warten, statt. — Verzeichnisse werden vom 15. April ab verabreicht.

Sandgarben liegt 2 Meilen vom Bahnhofe Rastenburg (Südbahn), 6 Meilen vom Bahnhofe Wehlau (Südbahn).

Standau bei Gerdauen in Ostpreußen. **Heger,** Ober-Inspektor.

Brüche Myrthenkränze werden auf's Modernste für 1 Thlr. geliefert Schloßstr. 5. 2 Tr.

Alfenide.

Gebeste und Tafelgeräthe empfiehlt in größter Auswahl

August Klug, Breslauerstraße 3.

Alle Zeitungen werden gekauft Breslauerstraße 31. (Apothek.)

Petroleum

von **C. S. Stobwasser & Co.,** a. St. 8 Thlr., empfiehlt **H. Klug.** Friedrichstr. 33.

Arternisches Kochsalz hat erhalten

Adolph Asch, Schloßstraße 5.

Extra feine Cervelatwurst, rosenfarbig ohne Rand, ist jetzt zu haben bei **L. Rauscher,** Breslauerstr. 40.

Die Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei von F. Eberhardt in Bromberg

empfiehlt den Herren Landwirthen **Kleesaemaschinen** für Rohwert-Betrieb a 45 Thlr., Kleesaemaschinen vorzüglichster Konstruktion a 18 Thlr., verbesserte **Thornor Breitsämaschinen** a 65 Thlr., doppelte Ringelwalzen von 40 bis 65 Thlr., Bostoner Reinigungs-Maschinen 30 bis 40 Thlr., Kartoffelfortirer 28 bis 45 Thlr., eiserne Pflüge, Eggen, Krimmer, Exstirpatoren etc. zu den billigsten Preisen in solidester Ausführung.

Fertige Düten in allen Größen, 1000 Stück von 7 1/2 Sgr. an, empfiehlt **Salomon Lewy,** Breitestr. 21.

Presshese.

Die andauernd hohen Getreidepreise zwingen uns, den Preis für **Presshese** vom 20. Februar a. c. ab um einen halben Silbergroschen pro Pfund zu erhöhen, was wir unseren geehrten Abnehmern hierdurch ergebenst anzeigen.

Leon Kantorowicz, Carl Friedenthal, E. Pohl, Szodorowo.

Posen.

Tägliche Sendungen frischer Austern empfehlen zum billigsten Preise **Th. Baldenius Söhne,** Wilhelmplatz 15, früher C. Schippmanns Nachfolger.

Käufer **Sahn-Näse** empfiehlt **Meyer Lewy,** Breitestr. 21.

Norwegische Rennthier-Schinken empfing **A. Cichowicz.**

Eine Wohnung von 7 heizbaren Zimmern nebst Zubehör ist Verleugungs halber vom 1. April d. J. ab **Friedrichstraße Nr. 21.,** 1 Treppe hoch, zu vermieten.

St. Martin 58. ist ein möbliertes Zimmer im ersten Stock sofort zu vermieten.

Markt- und Breslauerstraßen-Gde Nr. 60. sind drei Stuben im 1. Stock, sich zu einem Geschäft oder Werkstelle eignen, sogleich zu vermieten Näheres **St. Martin Nr. 9., 2 Tr.**

Wallischei 93. sind Wohnungen und geräumige Lokale zu Werkstätten vom 1. April zu vermieten.

Ein tüchtiger deutscher **Hof-Zuspector** findet vom 1. März c. ab Stellung auf dem Dom **Gowarzewo** bei Schwerfenz. Persönliche Vorstellung erforderlich. Näheres daselbst.

Ein evangelischer, in allen Unterrichtsgegenständen unterrichtender **Hauslehrer**, der auch etwas musikalisch ist und dem Erfahrungs- und Zeugnisse zur Seite stehen, w. zum 1. April c. eine neue Stellung. Offert. erb. man sub **O. P. 44** in der Exp. d. J.

Ein tüchtiger verheir. **Gärtner**, der auch mit Förcherei und Jägerlei Bescheid weiß, sucht zum 1. April eine neue Stelle. Nähere Ausk. beim **Outsp. Kummerow** in Sterti bei Goryzyn.

Ein energischer deutscher **Wirtschafts-Beamter**, der polnisch spricht und gut empfohlen ist, findet 1. April d. J. auch später ein gutes Engagement. Gehalt 80 bis 100 Thaler. Offerten nebst Abschrift der Zeugnisse werden unter der Adresse **N. N. 999.** poste restante Schwerfenz fr. erbeten.

Eine geprüfte **Erzieherin**, evangel. Glaubens, welche in den Wissenschaften tüchtig, der französischen Sprache vollkommen mächtig ist, auch im Englischen unterrichtet u. in der Musik gut ausgebildet ist, wird zu Ostern d. J. bei zwei 11-jährigen Mädchen, gegen ein Honorar von 130 Thlr., verbunden mit freundlicher Behandlung, von Unterzeichnetem gesucht. **Chlebowski** bei Kleto (Prov. Posen).

Posener Landwehrverein. Mittwoch den 19. d. M. Abends 7 1/2 Uhr in **Lamberts Saal** gesellige Zusammenkunft. Vortrag des Herrn **Kühner** und humoristische Vorträge des Herrn **Rappold.** Der Vorstand.

Dritter Vortrag von **Dr. Brennecke:** Ueber die Pariser Ausstellung im naturwissenschaftlichen Verein Mittwoch den 19. Februar um 5 Uhr in der Realschule. — Die früheren Familien-Billets und Einladungen bleiben gültig. Eintrittskarten abzuholen in der Heineschen Buchhandlung auf dem Markte.

Posener Landwehrverein. Mittwoch den 19. d. M. Abends 7 1/2 Uhr in **Lamberts Saal** gesellige Zusammenkunft. Vortrag des Herrn **Kühner** und humoristische Vorträge des Herrn **Rappold.** Der Vorstand.

Der heutige Markt eröffnete für Roggen in ruhiger Haltung, es stellte sich jedoch alsbald eine dem Angebot überlegene Nachfrage für Termine ein und Abgeber waren im Stande, etwas gesteigerte Forderungen durchzusetzen. In Loko-Waare blieb das Geschäft ohne besondere Ausdehnung. Feine Sorten finden knapp und zu guten Preisen leicht zu lassen, während ordinäre Waare angeboten bleibt.

Weizen loko gut behauptet, Termine fest und etwas höher. Hafer loko war reichlich zugeführt und nur zu etwas niedrigeren Preisen veräußert; der Werth für Termine hat sich wenig verändert.

In Rüböl blieb die Kaufkraft vorherrschend und Preise haben in der Steigerung weitere Fortschritte gemacht.

Das Geschäft in Spiritus war vernachlässigt, doch haben Preise sich etwas gebessert. Gefündigt 10,000 Quart. Kündigungspreis 19 1/2 Rt.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 90 — 108 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat 92 1/2 Rt. nominell, April-Mai 93 1/2 a 94 1/2, Mai-Juni 95 Rt.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 79 1/2 — 81 Rt. bz., gering 76 1/2 a 77 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 79 1/2 a 81 Rt. bz., Febr.-März 79 1/2 a 81 Rt. bz., April-Mai 79 1/2 a 80 Rt. bz., Br. u. Bd., Mai-Juni 79 1/2 a 80 Rt. bz., Br. u. Bd., Juni-Juli 77 1/2 a 78 1/2 Rt. bz., Juli-August 71 1/2 a 73 Rt. bz.

Serfe loko pr. 1750 Pfd. 50 — 59 Rt. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 36 1/2 — 39 Rt. nach Qualität, 37 a 38 Rt. bz., per diesen Monat 37 1/2 Rt. bz., Febr.-März 36 1/2 Rt. bz., April-Mai 37 1/2 a 38 Rt. bz., Mai-Juni 37 1/2 a 38 Rt. bz., Juni-Juli 38 1/2 Rt. bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Roggwaare 68 — 76 Rt. nach Qualität, Futterwaare 68 — 76 Rt. nach Qualität.

Familien-Nachrichten.

Unsere lieben Verwandten, Freunden und Bekannten theilen wir hierdurch die Verlobung unserer Tochter **Julie** mit dem Kaufmann Herrn **Sidori Feldblum** aus Berlin ergebenst mit.

Schwerin a/W., den 16. Februar 1868.

F. Bernstein und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich **Julie Bernstein, Sidori Feldblum.**

Schwerin a/W., den 16. Februar 1868.

Wilhelm Moses.

Auswärtige Familien-Nachrichten. Verbindungen. Lieutenant S. Jänide mit dem Frä. M. Kumm in Amt Camin.

Todesfälle. Kanzleirath Voigt in Behden, Frau Pastor Schäfer in Parchim, erster Präsident des Appellationsgerichts Dr. jur. Bent in Hamm.

Stadttheater in Posen. Dienstag den 18. Februar. 5. Gastspiel der polnischen National-Tänzer-Gesellschaft des Herrn **Maurice Pion: Die Stimme von Portici.** Heroische Oper mit Tanz in 5 Akten, nach dem Französischen von Ritter. Musik von Auber.

Mittwoch den 19. Februar. Kein Theater.

Donnerstag den 20. Februar. Legtes Gastspiel der polnischen National-Tänzer-Gesellschaft und zum Benefiz derselben bei aufgehobenem Abonnement: **Das Nachtlager von Granada.** Romantische Oper in 2 Akten von Kreutzer.

Freitag den 21. Februar. **Die Jüdin.** Große Oper in 5 Akten von Halévy.

Volksgarten-Saal. Mittwoch den 19. Februar Abends 7 1/2 Uhr

XVI. Sinfonie-Concert.

Programm wie bekannt. 5 Billets für 15 Sgr. bei **Ed. Bote & G. Bock.**

W. Appold.

Logen-Saal. Sonnabend den 22. Februar 1868 Abends 7 1/2 Uhr

I. Sinfonie-Soirée, gegeben vom

Musikchor 3. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 50.

Programm. Cuvert. z. Euryanthe Weber.

Sinfonie Nr. 3 (Eroica) Beethoven.

Cuvert. „Meerstille“ Mendelssohn.

Abonnements-Billets, zu allen drei Soirées gültig, für 15 Sgr., zu einer Soirée 7 1/2 Sgr. sind zu haben in der Hof-Musikalienhandlung der Herren **Ed. Bote & G. Bock.**

C. Walther, Kapellmeister.

Volksgarten-Saal. Heute Dienstag den 18. Februar

Konzert und große Vorstellung der Gesellschaft **Koller-Weitzmann.**

Entrée 2 1/2 Sgr. Nummerirter Platz 5 Sgr. Anfang 7 Uhr.

Emil Tauber.

Edt Kulmbacher Bier in ausgezeichnetster Güte empfiehlt

Albert Dümke, vormals **H. G. Wolff,** Wilhelmsstraße 17.

Börsen-Telegramme.

zum Schluss der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 18. Februar 1868.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 85 1/2 Br., do. Rentenbriefe 85 1/2 Br., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 5% Odra-Meliorations-Obligationen —, polnische Banknoten 84 1/2 Br., Schubinener 4 1/2% Kreis-Obligationen —, poln. Liquidationsbriefe —.

[Amtlicher Bericht] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Febr. 77 1/2, Febr.-März 77 1/2, März-April 78, Frühjahr 78 1/2 — 78 1/2, April-Mai 78 1/2, Mai-Juni 77 1/2.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gef. 6000 Quart, pr. Februar 18 1/2, März 19 1/2, April 19 1/2, Mai 19 1/2, Juni 20 1/2, Juli 20 1/2.

[Privatbericht] **Wetter:** Trübe. **Roggen:** Bei matter Stimmung geschäftslos, pr. Febr. 77 1/2 Br. u. Br., Febr.-März 77 1/2 Br. u. Br., Frühjahr 78 Br., April-Mai 78 Br., Mai-Juni 77 1/2 Br. u. Bd., Juni-Juli 76 1/2 Br., Juli-August 69 Br. u. Bd.

Spiritus: Behauptet, gef. 6000 Quart, pr. Februar 18 1/2 — 19 1/2, — 19 1/2 Br. u. Br., März 19 1/2 — 20 1/2 Br. u. Bd., April-Mai 19 1/2 Br. u. Br., Mai 19 1/2 — 20 1/2 Br. u. Bd., Juni 20 1/2 Br. u. Bd., Juli 20 1/2 Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 17. Februar. Wind: NW. Barometer: 28 1/2. Thermometer: Früh 1° +. Witterung: Schön.

Rüßöl loco pr. 100 Pfd. ohne Faß 10 1/2 Rt., per diesen Monat 10 7/8 a 1/2 Rt. bz., Febr.-März 10 1/2 a 1/2 bz., März-April 10 1/2 Rt., April-Mai 10 1/2 a 1/2 bz., Mai-Juni 10 1/2 Rt., Septbr.-Oktbr. 10 1/2 a 11 bz.
Kaps pr. 1800 Pfd. 78-87 Rt.
Rüßfen, Winter, 77-85 Rt.
Leinöl loco 13 Rt., April-Mai 13 Rt. bz.
Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 19 1/2 a 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 19 1/2 Rt. bz. u. Bd., Febr.-März 19 1/2 bz. u. Bd., März-April 19 1/2 bz. u. Bd., April-Mai 20 1/2 u. Bd., 1/2 Br., Mai-Juni 20 1/2 bz. u. Bd., 1/2 Bd., Juni-Juli 20 1/2 a 1/2 bz. u. Bd., Juli-August 21 1/2 a 21 bz., Br. u. Bd., August-Septbr. 21 1/2 bz. u. Bd., 1/2 Bd.
Weißl. Weizenmehl Nr. 0. 6 1/2-6 3/4 Rt., Nr. 0. u. 1. 6 1/2-6 3/4 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 5 1/2-5 3/4 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/2-5 3/4 Rt. bz. pr. Cir. unverkäuert.
(B. S. S.)

Stettin, 17. Februar. An der Börse. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Trübe, +4° R. Barometer: 28.4. Wind: W.
Weizen behauptet, p. 2125 Pfd. gelber inländ. loco 102-106 Rt., bunter poln. 100-103 Rt., weißer 106-110 Rt., ungarischer 93-99 Rt., p. 83,85 Pfd. gelber pr. Februar 103 Rt. nominell, Frühjahr 103 u. Bd., 103 1/2 Br. (Im Sonnabendbericht ist statt pr. Februar pr. Frühjahr zu lesen.)
Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loco 79-81 Rt., pr. Februar 80 Rt. nominell, Frühjahr 80-80 1/2 bz., 80 1/2 Bd. u. Br., Mai-Juni 80, 80 1/2 bz., Juni-Juli 78 Br., 77 1/2 Bd., Juli-August 73 1/2 Rt. nominell.
Gerste wenig verändert, p. 1750 Pfd. loco 52 1/2-56 Rt., Oberbr. 55 Rt. bz., pr. Frühjahr 56 Rt., p. 69,70 Pfd. 6 Rt. Bd.
Hafer fester, loco p. 1300 Pfd. 38 1/2-39 1/2 Rt., p. 47,50 Pfd. pr. Frühjahr 40 Rt. bz.
Erbsen stille, p. 2250 Pfd. loco 69-71 1/2 Rt., pr. Frühjahr Futter-72 Rt. bz. u. Br.
Kapsuchen loco hiesige 2 1/2 Rt. bz.
Mais, ungar. pr. Cir. 3 Rt. Br., 2 Rt. 27 1/2 Sgr. bz.
Kuböl fest, loco 10 1/2 a 1/2 Rt. bz., 10 1/2 Br., pr. Februar 10 1/2 a 1/2 Rt. bz., April-Mai 10 1/2 Br., 1/2 Bd., Mai 10 1/2 bz. u. Br., Septbr.-Oktbr. 10 1/2 Br.
Spiritus etwas matter, loco ohne Faß 19 1/2 Rt. bz., mit Faß 19 1/2 a 1/2 Rt. bz., pr. Februar 19 1/2 Rt. nominell, Frühjahr 20 1/2 Br. u. Bd., 1/2 Br., Mai-Juni 20 1/2 Bd., 1/2 Br., August-Septbr. 21 1/2 bz.
Angemeldet: Nichts.
Regulirungspreise: Weizen 103 Rt., Roggen 80 Rt., Rüßöl 10 1/2 a 1/2 Rt., Spiritus 19 1/2 Rt.
Baumöl, Malaga 22 Rt. tr. bz., in kleinen Gebinden 22 1/2 Rt. bz.
Petroleum loco 10 1/2 Rt. bz.
Leinsamen, Bernauer 13 Rt. gef., Rigaer 11 1/2 Rt. bz. u. gef.
Zalg fester, lma russ. gelb Lichter- 14 1/2 Rt. Bd., 14 1/2 Rt. gef.
Bruch-Weis f. 5 1/2 Rt. tr. bz.
Sering, schott. crown- und full Brand 11 1/2-12 Rt. tr. nach Qualität bezahlt.
(Dft.-Sig.)

Breslau, 17. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, unverändert, ordin. 11 1/2-12 1/2, mittel 13 1/2-14, fein 14 1/2-14 1/2, hochfein 15 1/2-15 1/2. — Kleesaat weiße, unverändert, ordin. 14-15 1/2, mittel 16-17 1/2, fein 18-19 1/2, hochfein 20 1/2-21 1/2.
Roggen (p. 2000 Pfd.) höher gehalten, gef. 2000 Ctr., pr. Februar

und Febr.-März 75 1/2-75 3/4 u. Br., März-April 75 1/2 Br. u. Bd., April-Mai 76 1/2 Bd., Mai-Juni 76 1/2 Bd.
Weizen pr. Februar 97 Br.
Gerste pr. Februar 56 Br.
Hafer pr. Februar 57 Br., April-Mai 57 1/2 Bd. u. Br.
Kaps pr. Februar 89 Br.
Rüßöl fest, loco 10 1/2 Br., pr. Februar, Febr.-März, März-April und April-Mai 10 Br., Mai-Juni 10 1/2 Br., Septbr.-Oktbr. 10 1/2 Bd., 1/2 Br.
Spiritus fester, loco 18 1/2 Br., 18 1/2 Bd., pr. Februar und Febr.-März 18 1/2 Bd., 1/2 Br., März-April 18 1/2 Bd., April-Mai 19 1/2-1/2 bz., Juli-August 20 1/2 Bd., 1/2 Br.
Sint fest, — ohne Umsatz.
Die Börsen-Kommission.
(Bresl. Fdls.-Bl.)

Magdeburg, 17. Februar. Weizen 90-95 Rt., Roggen 80-82 Rt., Gerste 50-58 Rt., Hafer 35-36 Rt.
Kartoffelspiritus. Solowace flau und schwer verkäuflich, Termine ohne Anregung. Loco ohne Faß 19 1/2 Rt., pr. Februar und Febr.-März 19 1/2 Rt., März-April 19 1/2 Rt., April-Mai 20 1/2 Rt., Mai-Juni 20 1/2 Rt., Juni-Juli 21 Rt., Juli-August 21 1/2 Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde a 1 1/2 Rt. pr. 100 Quart.
Rübenspiritus flau. Loco 19 a 19 1/2 Rt. (Magdb. Stg.)

H o p f e n .

München, 15. Februar. Umsatz 123 Ctr. Rest 448 Ctr., 1867er Holle-dauer Waare 58 Rt., do. Spalter Stadigut 125 Rt., do. Spalter Umgegend 75-100 Rt., do. fränkische Landwaare 50-65 Rt. Alles p. bayrischer Cen-ter zu 112 Zoll-Pfund.
(B. S. S.)

Telegraphische Börsenberichte.

Böln, 17. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Wetter: Schön. Weizen unverändert, loco 9, 20, pr. März 9, 13, pr. Mai 9, 18. Roggen matt, loco 8, 15, pr. März 8, 10, pr. Mai 8, 14. Rüßöl höher, loco 11 1/2, pr. Mai 11 1/2, pr. Oktober 12 1/2. Leinöl loco 12 1/2. Spiritus loco 23 1/2.
Gamburg, 17. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine ruhig, aber fest. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 180 Bantofaler Br., 17 1/2 Bd., pr. Febr.-März 180 Br., 179 Bd., pr. Frühjahr 179 Br. u. Bd. Roggen pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Bd., pr. Febr.-März 140 1/2 Br., 139 1/2 Bd., pr. Frühjahr 139 Br. u. Bd. Hafer fest. Rüßöl animirt, loco 22 1/2, pr. Mai 23 1/2, pr. Oktober 23 1/2. Spiritus und Raffee ruhig. Sint höher gehalten. — Sehr schönes Wetter.

Bremen, 17. Februar. Petroleum, Standard white, loco 5 1/2.
London, 17. Februar. Rio-Kaffee. Ladungen ruhig. Petro-leum flau.

London, 17. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbe-richt.) Englischer Weizen unverändert, nur auserlesene Waare 1 Sh. höher; in fremdem beschränktes Geschäft, australischer und amerikanischer 1 Sh. höher. Bohnen eher theurer. Hafer 1/2 Sh. höher. Gerste schleppend. Mehl gut gefragt. Zalg 42 1/2. Leinöl loco ab Hull 34 1/2.
London, 17. Februar, Abends. Leinöl schloß zu 33 1/2. Terpen-tinöl 35. Güter Reis fester.

London, 17. Februar. Viehmarkt. Zufgeführt 3180 Stück Horn-

vieh, 17,570 Stück Schafe. Für Hornvieh gute Frage, Preise eher fester, englische und fremde Zufuhren klein. An Schafen nur kleine fremde Zufuhren. Preise für Hornvieh 4 Sh. a 4 Sh. 8 D., für Schafe unverändert.

Liverpool (via Haaga), 17. Februar, Mittags. (Von Spring-mann & Comp.) Baumwolle: 20-30,000 Ballen Umsag. Große Aufregung.

New Orleans 9 1/2, Georgia 9 1/2, fair Dhollerah 8 1/2, middling fair Dhollerah 8, good middling Dhollerah 7 1/2, Bengal 6 1/2, good fair Bengal 7 1/2. New fair Domra 8 1/2, good fair Domra 8 1/2, Pernam 9 1/2, Orleans schwin-mend 9 1/2.

Paris, 17. Februar, Nachmittags. Rüßöl pr. Februar 99, 00, pr. Mai-August 95, 00, pr. Septbr.-Dezbr. 95, 00, Hauffe. Mehl pr. Februar 92, 75, pr. März-April 91, 75. Spiritus pr. Februar 70, 50.

Paris, 17. Februar, Nachmittags 6 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt. Sehr fest. Man glaubt, daß die Hauffe in Folge des kalten Wetters entstanden ist. Rüßöl pr. Februar 100, 00, pr. Mai-August 95, 00, pr. Septbr.-Dezbr. 95, 00. Spiritus pr. Februar 70, 00.

Amsterdam, 17. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen flau, pr. März 31 1/2, pr. Mai 31 1/2. Kaps pr. April 69 1/2, pr. Oktober 70 1/2. Rüßöl pr. Mai 36 1/2, pr. Novbr.-Dezbr. 37 1/2.

Antwerpen, 17. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt. Weizen von Delfa 42 a 42 1/2, Roggen von Berdiansk 32 1/2. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raffin., Type weiß, loco 43 bz. u. Br., pr. Septbr. 48 bz. u. Br.
Gestern sind hier zwei Leichter-Schiffe mit 600 Faß Naphta abgebrannt

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1868.

Datum.	Stunde.	Barometer 233 über der Dflie.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
17. Febr.	Nachm. 2	28° 2" 29	+ 2.8	W 1-2	trübe. St., Cu-st.
17. .	Abnds. 10	28° 2" 77	+ 0.8	SW 2	heiter. St.
18. .	Morg. 6	28° 1" 66	- 0.2	W 1	heiter. St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. Februar 1868 Vormittags 8 Uhr 11 Fuß 11 Zoll.
18. 11 . 10 .
Bogorzewica, am 16. Februar 1868 Nachmittags 2 Uhr 9 Fuß 5 Zoll.
17. 9 . 3 1/2 .

Telegramm.

Berlin, 18. Februar. Im Abgeordnetenhaus überreicht der Minister des Innern einen Gesetzentwurf wegen Einführung der Wahlordnung vom 30. Mai 1849 in den neuen Provinzen, ferner eine neue Wahlbezirksordnung für die ganze Monarchie, wonach möglichst jeder Kreis und jede große Stadt für sich wählt. Die geschäftliche Behand-lung wird bis zum Druck ausgesetzt.

Sonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 17. Februar 1867.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4 1/2	95 1/2	bz
Staats-Anl. 1859	5	103 1/2	bz
do. 54, 55, 57	4	96	bz
do. 56	4	96	bz
do. 1859, 1864	4	95 1/2	bz
do. 50, 52 conv.	4	89 1/2	bz
do. 1853	4	89 1/2	bz
do. 1862	4	89 1/2	bz
Präm.-St.-Anl. 1855	3 1/2	115 1/2	bz
Staats-Schuldsch.	3 1/2	83 1/2	bz
Rurh. 40 Zhlr. Loose	—	53 1/2	etw bz
Rurh.-Neum. Schuld	3 1/2	78	bz
Berl. Stadt-Obl.	4	102	bz
do. do.	4	95 1/2	bz
do. do.	4	78 1/2	bz
Berl. Börsenb.-Obl.	5	102 1/2	bz
Rur- u. Neum.	3 1/2	76 1/2	bz
Märkische	4	86	bz
Östpreussische	3 1/2	78	bz
do. do.	4	84	bz
Pommersche	3 1/2	75 1/2	bz
do. neue	4	86	bz
Pofensche	4	—	—
do. neue	4	85 1/2	bz
Schlesische	3 1/2	—	—
do. Litt. A.	4	—	—
Westpreussische	3 1/2	77	bz
do. do.	4	82 1/2	bz
do. neue	4	—	—
do. do.	4	90 1/2	bz
Rur- u. Neumarkt.	4	90 1/2	bz
Pommersche	4	90 1/2	bz
Pofensche	4	88 1/2	bz
Preussische	4	88 1/2	bz
Rhein.-Westf.	4	92 1/2	bz
Schlesische	4	90 1/2	bz
Schlesische	4	90 1/2	bz

Ausländische Fonds.

Deutr. Metalliques	5	49 1/2	bz
do. National-Anl.	5	57	bz
do. 250 fl. Präm.-Ob.	4	65	bz
do. 100 fl. Kred. Loose	—	75 1/2	bz
do. 50 fl. Loose (1860)	5	71 1/2	bz, ult. 71 1/2
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	47	bz
do. Sib.-Anl. 1864	5	63	bz
Italienische Anleihe	5	44 1/2	bz, ult. 44 1/2
5. Steglitz-Anl.	5	63 1/2	bz
do. do.	5	76 1/2	bz
Englische Anl.	5	85 1/2	bz
Russ. Egl. Anl.	3	52 1/2	bz
do. v. 3. 1862	5	85 1/2	bz
do. 1864	5	87 1/2	bz
do. engl.	5	85 1/2	bz
do. Pr.-Anl. 1864	5	103 1/2	bz
Poln. Schap.-D.	4	64 1/2	bz
do. II. 4	4	64 1/2	bz
Cert. A. 300 fl.	5	91 1/2	bz
Pfdr. u. i. St. 4	4	58 1/2	bz
Part. D. 500 fl.	4	95 1/2	bz
Amerik. Anleihe	6	76 1/2	bz, ult. 76 1/2
Neue Bad. 35 fl. Loose	—	29 1/2	bz
Deffauer Präm.-Anl.	3 1/2	96	bz
Eisener Präm.-Anl.	3 1/2	47 1/2	bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	161	St
Berl. Handels-Ges.	4	109 1/2	St
Braunschwg. Bank	4	97	St
Bremer	4	115 1/2	St, jg. 112 1/2
Coburger Kredit-B.	4	75	bz St
Danzig. Priv.-B.	4	109	St
Darmstädter Kred.	4	85 1/2	bz St
do. Zettel-Bank	4	95 1/2	bz
Deffauer Kredit-B.	0	2 1/2	St
Deffauer Landesb.	4	—	—
Dist. Komm. Anth.	4	108 1/2	bz
Genfer Kreditbank	4	23 1/2	bz
Geraer Bank	4	100	etw bz
Gothaer Privat do.	4	89 1/2	bz
Hannoversche do.	4	76 1/2	bz
Rheinl. Privatb.	4	111 1/2	St

Leipziger Kreditb.

Leipziger Kreditb.	4	89 1/2	St
Euremburger Bank	4	82	St
Magdeb. Privatb.	4	90	St
Meininger Kreditb.	4	90 1/2	bz
Moldau. Land. B.	4	19	vll. 57
Norddeutsche do.	4	118	St
Deutr. Kredit do.	5	85 1/2-84 1/2	ult. 85 1/2
Pomm. Ritter- do.	4	90	St [-84 1/2]
Pofener Prov. Bank	4	99 1/2	bz St
Preuß. Bank-Anth.	4	153 1/2	bz
Schlef. Bankverein	4	111 1/2	St
Thüring. Bank	4	64 1/2	etw bz
Vereinsbank Hamb.	4	110	St
Westmar. Bank	4	85 1/2	bz
Prs. Hypoth.-Vers.	4	107 1/2	St
do. do. Certific.	4	100 1/2	St
do. do. (Genfel)	4	—	—
Genfische Cred. B.	4	—	—

Prioritäts-Obligationen.

Magdeb.-Düffeldorf	4	83 1/2	St
do. II. Em.	4	83	St
do. III. Em.	4	—	—
Magdeb.-Maftricht	4	70 1/2	St
do. II. Em.	5	73	bz St
Bergisch-Märkische	4	96	St
do. II. Ser. (conv.)	4	94 1/2	bz
do. III. S. 34 (R. S.)	3 1/2	77 1/2	bz
do. Lit. B.	3 1/2	77 1/2	bz
do. IV. Ser.	4	92 1/2	bz
do. V. Ser.	4	91	bz
do. Düffeld. Elberf.	4	83 1/2	bz
do. II. Em.	4	91	St
III. S. (Dm.-Soef)	4	82	St
do. II. Ser.	4	91	St
Berlin-Anhalt	4	—	—
do. do.	4	96 1/2	bz
Berlin-Hamburg	4	90 1/2	St
do. II. Em.	4	—	—
Berl. Potsd. Mg. A.	4	88	St
do. Lit. B.	4	82	St
do. Lit. O.	4	85	bz
Berlin-Stettin	4	97 1/2	St
do. II. Em.	4	83 1/2	St

Berl.-Stet. III. Em.

Berl.-Stet. III. Em.	4	—	—
do. IV. S. v. St. gar.	4	94 1/2	St VI 83 1/2
Bresl.-Schw.-St.	4	—	—
Göln-Grefeld	4	92 1/2	St
Göln-Minden	4	97	St
do. II. Em.	5	102	St
do. do.	4	84	St
do. III. Em.	4	82 1/2	bz
do. do.	4	94	bz
do. IV. Em.	4	83	etw bz St
do. V. Em.	4	83 1/2	St
Sof. Oberb. (Wils.)	4	82 1/2	St
do. III. Em.	4	—	—
do. IV. Em.	4	85 1/2	bz
Magdeb. Halberst.	4	96	etw bz St
Magdeb. Wittenb.	3	67 1/2	St
Rosco-Rajlan S. g.	5	85 1/2	bz
Niedereschl. Märk.	4	88	St
do. II. o.	4	84 1/2	St
do. conv.	4	88	St
do. conv. III. Ser.	4	86	St
do. IV. Ser.	4	94 1/2	bz
Niedereschl. Zweigb.	5	100 1/2	St
Nordb. Friedl. Wils.	4	—	—
Obereschl. Litt. A.	4	—	—
do. Litt. B.	3 1/2	77 1/2	St
do. Litt. C.	4	85	St
do. Litt. D.	4	85	St
do. Litt. E.	3 1/2	77 1/2	St
do. Litt. F.	4	93	St
Deutr. Franzöf. St.	3	269	b. St. n. 260
Deutr. fribl. Staatsb.	3	213 1/2	bz St
Pr. Wils. I. Ser.	5	—	—
do. II. Ser.	5	—	—
do. III. Ser.	5	—	—
Rheinische Pr. Obl.	4	—	—
do. v. Staat garant.	3 1/2	77 1/2	St
do. Prior. Obl.	4	91 1/2	St
do. 1862	4	91 1/2	St
do. v. Staat garant.	4	—	—
Rhein-Nabebahn	4	92 1/2	bz
do. II. Em.	4	92 1/2	bz
Ruhrort-Grefeld	4	—	—
do. II. Ser.	4	82	St
do. III. Ser.	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—

Starg.-Pol. II. Em.

Starg.-Pol. II. Em.	4	—	—
do. III. Em.	4	91 1/2	bz
do. II. Ser.	4	87 1/2	St
do. III. Ser.	4	87 1/2	St
do. IV. Ser.	4	97 1/2	etw bz

Eisenbahn-Aktien.

Magdeb.-März	3 1/2	29-29 1/2	bz St
Altona-Riel	4	121	bz
Amsterd. Rotterdam	4	100 1/2	bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	134 1/2	St
Berlin-Anhalt	4	207	bz
Berlin-Hamburg	4	163	bz St
Berl. Potsd. Magd.	4	192	bz
Berlin-Stettin	4	136 1/2	bz
Berlin-Stettin	4	79 1/2	bz Ende 80
do. Stamm-Prior.	5	98	St
Böhm. Westbahn	5	64 1/2	bz ult.
Bresl. Schw. Freib.	4	119 1/2	St
Brieg-Neiße	4	91	bz
Blin-Minden	4	134 1/2	bz
Böf. Oberb. (Wilh.)	4	81-81 1/2	bz
do. Stamm-Pr.	4 1/2	86 1/2	bz St
do. do.	5	90 1/2	bz St
Sal. C.-Ludwig.	5	88 1/2-89 1/2	bz ult.
Schwedischb.-Gerb.	4	150	St
Schlesisch-Posen	4	66	St
do. Prior.-St.	5	81 1/2	bz
Magdeb. Halberst.	4	165 1/2	bz
Magdeb. Leipzig	4	200 1/2	St u. —
Magdeb. Weitzb.	4	—	—
Magdeb.-Ludwigsh.	4	126 1/2	bz
Mecklenburger	4	74 1/2	bz St
Münster-Hammer	4	89	St
Niederschles. Märk.	4	88	St
Niederschles. Zweibr.	4	74 1/2	bz
Pr.-Schl. Frb. Wilh.	4	95 1/2	bz
Schwed. Lt. A. u. C.	3 1/2	183	bz
do. Lt. B.	5	162 1/2	bz
St. Franz. Staat.	5	150 1/2-50 1/2-50 1/2	St
St. Pl. St. V. (Rom)	5	98-99-98 1/2-99 1/2	St
Sachsen-Tarnowitz	5	73	bz (bult. d)
Sächsische	4	117 1/2	1/2 bz
do. Stamm-Pr.	4	—	—
Sächs. Nabebahn	4	20 1/2	bz